

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellschuld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg I.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 4.

Mitglied des neuen Verbandes kann nur werden, wer im alten Verbande alle seine Beitragspflichten erfüllt hat.

Kohlenoxydgasvergiftungen bei Bauausführungen.

Seit annähernd 20 Jahren kämpft der aufgeklärte Teil der baugeverblühten Arbeiterschaft gegen die Anwendung der offenen Koksfeuer in Bauten. Welche ungeheuren Schwierigkeiten aber der vermühtigen und berufsgenossenschaftlichen Forderung auf Abschaffung der Koksfeuer entgegengestellt werden, das zeigen die widerprüchlichen Maßnahmen der Regierungen und Berufsgenossenschaften. Auch das Reichsversicherungsamt, die berufene Zentrale für die Unfallverhütung, nahm zu der Forderung bis zum Anfang des Jahres 1908 eine sehr reservierte Haltung ein, die erst durch das Drängen der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz und der Arbeitervertreter einzelner Berufsgenossenschaften aufgebrochen wurde. Im Juni 1908 wandte sich das Reichsversicherungsamt an das Reichsgesundheitsamt mit der Bitte, um eine Auswertung darüber, ob im Interesse der Bauarbeiter die Verwendung offener Koksfeuer zum Austrocknen von Wänden ganz oder nur unter bestimmten Voraussetzungen in Zukunft in den Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu verbieten sei. — Das Gesundheitsamt trat daraufhin in eine Prüfung der sehr einseitig gestellten Frage ein. Allem Anschein nach hatte das Reichsversicherungsamt zurzeit ganz vergessen, daß die offenen Koksfeuer auch zum Erwärmen der Wäuden benutzt werden. Das Gutachten ist dann gegeben worden. Sein Wortlaut ist im November 1909 in einer 53 Seiten starken Abhandlung, der 17 Tabellen beigegeben sind, veröffentlicht worden. Es ist für die Bauarbeiterschaft von weitgehender Bedeutung. Ehe wir jedoch auf das Gutachten eingehen, muß der Zusammenhang dieser Schutzfrage mit einigen andern Forderungen der Arbeiter kurz besprochen werden.

Allgemein betrachtet ist die Frage der gewerblichen Kohlenoxydgasvergiftung keine Sache, die nur die Bau-berufe angeht, sondern diese hat zweifellos eine Bedeutung für die gewerbliche Arbeiterschaft überhaupt. Wie das Gesundheitsamt hierüber schreibt, „beruht die Giftigkeit des Kohlenoxyds darauf, daß es mit dem Blutfarbstoff (Hämoglobin) in den roten Blutkörperchen eine Verbindung eingeht, die fester ist als die normale Weise bei der Atmung entstehende Verbindung zwischen Hämoglobin und Sauerstoff. Das Kohlenoxyd belegt also einen mehr oder minder großen Teil der Blutfarbstoffe mit Beschlag und entzieht sie damit ihrer physiologischen Bestimmung, die innere Atmung des Organismus zu unterhalten. Die Verwandtschaft des Kohlenoxyds zum Hämoglobin ist nach Galban eine etwa hundertvierzigmal so große, als die des Sauerstoffs. Bei der tödlichen Kohlenoxydvergiftung geht der Organismus an innerer Erstidung zugrunde.“ Nach einem Obergutachten des Professors Lewin in einer Unfallsache, „ist das Kohlenoxyd ein Sauerstoff, setzt sich an seine Stelle und macht ihn dadurch für den Gasaustausch in der Lunge und für die Ernährung der Gewebe untauglich.“ Gelegenheit zur Einatmung von Kohlenoxyd ist in den gewerblichen Anlagen überall dort gegeben, wo Kohlenstoffhaltige Verbindungen bei ungenügendem Sauerstoffzutritt verbrennen, insbesondere ist dies der Fall beim Hochofenprozess und in Zinkfüttern, ferner in Gießereien, Koksmeilern, beim Koksbläsen der Plätterinnen und am Kessel der Stempeler. Sehr häufig tritt Kohlenoxyd in Koksleugnenden

nach den Sprengungen in den sogenannten Minengasen auf; die Minenkrankheit ist wesentlich eine Kohlenoxydvergiftung. In der Metallurgie spielt das Kohlenoxyd eine große Rolle, indem man mittels desselben den Erzen ihren Sauerstoff entzieht. Dabei zeigt sich auch, daß, wie beim offenen Koksfeuer, nicht allein Kohlenoxydgas entwickelt, sondern neben diesem noch schweflige Säure und Kohlenfäure. Wie vom Reichsgesundheitsamt bestätigt wird, „enthält der Kohlendunst, neben unverbrannten mitgerissenen Kohlenteilchen (Schwaden), die Produkte der vollständigen und unvollständigen Verbrennung des Kohlenstoffs und der ihm beigemengten Verunreinigungen, mit Luft vermischt, also hauptsächlich Kohlenfäure, Kohlenoxyd, schweflige Säure, Stickstoff und Sauerstoff“. Durch Einführung der Siemens'schen Regeneratoren werden die Gichtgase der Hochofen zur Feuerung benutzt oder sie finden zum Betriebe von Gaskraftanlagen Verwendung. Damit ist eine häufige Ursache der Kohlenoxydvergiftung im Schwinden begriffen. Das gleiche läßt sich zum Teil für die Vergewerke sagen, wo man sich fraktlicherseits bemüht, die giftigen Grubengase durch Ventilation und Zufuhr von frischer Luft zu beschränken. — Von welcher Bedeutung für die Unfallverhütung diese Frage des Arbeiterschutzes ist, darüber gehen einige Zahlen aus den besonderen Erhebungen des Reichsversicherungsamts von den einschlägigen Unfällen am besten Auskunft. Durch giftige Stoffe und Gase wurden verletzt:

Jahr	Personen insgesamt	Davon tödlich Verletzte	In Prozenten
1887	72	59	81,84
1897	165	111	67,27
1907	408	168	41,18

Durch Einatmen gesundheitsschädlicher Gase erkrankten:

Jahr	Personen insgesamt	Davon tödlich Verletzte	Durch Gicht- und Schwefelgase (Kohlenoxyd, Kohlenfäure etc.)	Davon tödlich Verletzte
1887	58	51	9	7
1897	118	96	38	31
1907	170	?	73	?

Bei der Kohlenoxydvergiftung handelt es sich nicht allein um akute, sondern auch um chronische Vergiftungen. Nicht allein das Einatmen von größeren Mengen dieses Gases ist gefährlich, sondern es genügt, wie nachgewiesen, auch die wiederholte Einatmung kleinerer Quanten zur Zerstörung der Gesundheit. Also selbst leichte Vergiftungen sind je nach der Körperlichen Beschaffenheit des Individuums schon mehr oder weniger dazu angetan, Herz-, Atmungs-, Ernährungs- und Nervenstörungen hervorzurufen. Soweit nun das offene Koksfeuer (Koksbläse) im Bau in Frage kommt, ist daran zu erinnern, daß in diesen Räumen die Arbeiter (Püßer, Stukkateure, Maler, Ofenseher usw.) oft gezwungen sind, unter der Zimmerdecke zu arbeiten. Wie die Erhebungen lehren, sind Schwindel, Appetit- und Schlaflosigkeit so durchweg die Folgen dieser Schnelltrockenheitsmethode, daß die Willensfunktionen der Arbeiter besonders bei der Ueberlastung über die vielfachen Unfallgefahren in den Betriebsstätten geschwächt werden müssen. Diese Erscheinung ist immer viel zu wenig beachtet worden. Der von Gasen und Ausdünstungen erfüllte Betriebs- oder Arbeitsraum ermöglicht und fördert Erkrankungen außerordentlich. Diese Erkrankungen führen zu Betriebsunfällen zum Nachteil der Arbeiter, der Krankenkassen und der Bauberufsgenossenschaften. Die Berufs-

erkrankung und der Betriebsunfall greifen hier ineinander; es ist der Zustand, wo nach den Darlegungen des Professors Dr. Lewin die Begriffe „plötzlich“ und „allmählich“ ineinander übergehen. — In welchem Umfang der Koksfeuer zur Verwendung kommt, darüber geben die Erhebungen der Zentralkommission einige Anhaltspunkte. Bei den Erhebungen, die im November 1906 in 212 und 1909 in 80 preussischen Orten vorgenommen wurden, ergab sich folgendes Resultat:

	Anzahl der Bauten im Jahre 1906	1909
Im Innenausbau befanden sich	2365	1437
Gegen die äußeren Witterungseinflüsse waren provisorisch gedeckt	1019	876
Das offene Koksfeuer kam zur Anwendung in	343	175
Davon nur bei Tag in	92	92
Nur bei Nacht in	3	7
Bei Tag und Nacht in	248	76

In den übrigen Bundesstaaten war das Resultat etwas günstiger. Hier fanden Erhebungen 1906 in 119 Orten und 1909 in 59 Orten statt. Das Resultat war:

	Anzahl der Bauten im Jahre 1906	1909
Im Innenausbau befanden sich	1432	1052
Gegen die äußeren Witterungseinflüsse waren provisorisch gedeckt	737	721
Das offene Koksfeuer kam zur Anwendung in	109	65
Davon nur bei Tag in	45	17
Nur bei Nacht in	4	3
Bei Tag und Nacht in	60	45

Bei diesen Erhebungen kommen nur die größeren Orte mit dem Baupetulantentum und der disziplinierten Bauarbeiterschaft in Betracht. Bei der richtigen Bewertung dieser Zahlen ergibt sich, daß es in Preußen und im Reich mit dem Bauarbeiterschutz nur langsam vorwärts geht. Bei der Anwendung des offenen Koksfeuers oder eines andern Trockens, Erwärmungs- und Heizverfahrens ist der gedächteste Bau eine selbstverständliche Voraussetzung. Diese Dichtung der Winterbauten ist eine der wichtigsten Forderungen für den Gesundheitsschutz der baugeverblühten Arbeiter, sie ist aber auch zum Schutze der Wäuden erforderlich. Eine weitere gesundheitliche und technische Schutzmaßnahme ist die Erwärmung der Winterbauten. Ohne daß das Thermometer auf dem Gefrierpunkt steht, ist sie im Interesse der Beschäftigten und der auszuführenden Arbeiten notwendig. Die Arbeiter verlangen deshalb von der Beschäftigung Maßnahmen, nach denen die Heizung der Wäuden durch eiserne Ofen mit Rauch- oder Dunstrohren nach außen vorgeschrieben wird. Solchen Maßnahmen stehen die Unternehmer in ihrer großen Zahl aber feindselig gegenüber. Diese arbeiterschuttsfeindliche Haltung entspricht der ganzen Stellungnahme der Unternehmerorganisationen zu den Arbeiterforderungen. In der Schrift „Erhebungen bei den Wäuden im Jahre 1906“ hat die Zentralkommission auf die Oberflächlichkeit der Begründung dieser Stellungnahme hingewiesen, es heißt hier u. a.: „Im allgemeinen wird man in den Regierungs- und Unternehmerrreisen von dem Gedanken geleitet, die im Winterbau tätigen Arbeiter sollen sich warm arbeiten. Aber man vergißt bei der Menschenfreundlichkeit dieser Gesinnung, daß die Berufstätigkeit der einzelnen Arbeiter, wie Maler, Stukkateure, Ofenseher, Elektromonteur usw. das oft gar nicht zuläßt. Wenn aber dennoch das für einzelne Branchen, die Püßer, Bauhilfsarbeiter und auch Zimmerer, Bauanschläger, Parquetbodenleger, möglich ist, so wäre doch vom gesundheitlichen

Standpunkt die Frage aufzuwerfen, ob denen dann der feuchtkalte Bau, dieses „eifige Bad“, dienlich sein kann. Zum Nachteil der gewerbetätigenen Frage der Bauwärmerung oder -Heizung ist diese mit der rein wohnungshygienischen und bautechnischen Sache verquillt worden, und daraus ergaben sich ganz falsche Schlussfolgerungen. Die Erwärmung der Innenräume bei den Arbeiten der Bauten des Winterhalbjahres ist eine gesundheitsstechnische Maßnahme und als eine selbständige Forderung der Arbeit aufzufassen. Wenn man vom Standpunkt der Praxis und im Interesse der Unternehmer bei der Erwärmung oder Heizung diesen den Trockenprozeß der Bauten mit zugute kommen lassen will, so sind die in Frage kommenden und gesellig zulassenden Heizmethoden in erster Linie vom Standpunkt der Gesundheit der Arbeiter zu prüfen. Bis zur Zeit hat man diese Dinge ungeprüft betrachtet und demgemäß gehandelt.“

Bauarbeit und höherer Verwaltungsbeamter.

Die staatsretterischen Maßnahmen, insbesondere gegen die Kritik sozialpolitischer Einrichtungen, werden neuerdings augenscheinlich immer stärker en gros betrieben, so daß man nächstens wohl überhaupt nichts mehr von praktischer sozialpolitischer Fürsorge vernimmt. Was da alles mit wildgewordenen Phrasen um sich wirft, das ist kolossal, und wenn man das bei dieser Staatsretterei oft mit unterschämter Deutlichkeit zutage tretende Verlangen nach einem Anhängel des Knopfloches in Betracht zieht, dann kann einem der Erfinder des schönen Wortes vom „aufgeklärten Zeitalter“ und noch mehr der vom „Volk der Denter“ leid tun, wahrhaftig! Die Denkfähigkeit dieser Gelben des Wortes oder der Jeder nähert sich erschrecklich immer mehr dem Nullpunkt, bis sie schließlich gänzlich eingekoren erscheint. Das kommt daher, weil man sich gar nicht erst lange mit dem Bemühen abgibt, sich das nötige Verständnis für die Lage der arbeitenden Klassen zu erwerben, etwa dadurch, daß man ihnen bei ihrer Beschäftigung praktisch näher tritt, oder sich gar liebevoll in sie vertieft, sondern, daß man es ganz einfach als Haupterfordernis betrachtet, nur kräftig gegen die verhäßte Sozialdemokratie loszuwettern; dann glaubt man ganze Arbeit getan zu haben! Und im übrigen bleibt natürlich alles beim alten, soweit es sich nicht gelegentlich noch verschlechtert. Wer, wie Professor Rother in seiner berühmten Kommerzrede in fünf Minuten siebzehnhundertmal die „Freiheit“ hochleben ließ, in dem gleichen Zeitraum ebenfalls die Sozialdemokratie „abtut“ — der hat gewonnenes Spiel und kriegt bei den Staatsrettern eine gute Nummer!

Eine achtenswerte Höchstleistung auf diesem Gebiete hat ein „höherer Verwaltungsbeamter“ — seinen Namen verschweigt der tapfere Herr! — geliefert in einem Joeben bei Erich Weber in Berlin verlegten Buche „Die Not des höheren Mittelstandes“, in dem er neben andern Verufen besonders den Bauarbeitern, Maurern, wie überhaupt den Bauhandwerkern etwas an Zeug zu stiften hat. Er beginnt — sehr bezeichnend — seine blindwütigen Ausführungen mit dem Bekenntnis einer schönen Seele, „daß unter dem Einfluß der Sozialdemokratie die Leistungen der Arbeiter qualitativ und quantitativ erheblich zurückgegangen“ seien. Diese lapidare Behauptung verleiht schon einen Vorgeschnack auf die fernere Objektivität des „höheren Verwaltungsbeamten“. Und richtig: anstatt auch nur die geringste Spur eines „Beweises“ für diese Behauptung vorzubringen, geht er sofort mit den niedrigsten Verdächtigungen ins Zeug: „Von den Genossen ist die Parole ausgegeben, daß die Arbeiter sich bei der Arbeit möglichst zu schonen haben.“ Die Arbeiter „besitzen kein Verständnis mehr dafür, daß, wer guten Lohn empfängt, auch zu guter Arbeit verpflichtet ist. Dies gilt von allen Arbeitern. Am meisten lassen indessen die Leistungen der Bauhandwerker zu wünschen übrig. Während früher die Maurer eine Ehre darin setzten, an einem Tage möglichst viele Ziegelsteine zu vermauern, suchen sie jetzt einen unter sich festgesetzten, sehr niedrig bemessenen Höchstbetrag nicht zu überschreiten, damit auch die arbeitshungrigen „Kollegen“ mitkommen.“ Infolgedessen ist die Arbeitsleistung der Maurer gegen früher auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, und die übrigen Bauhandwerker, Zimmerleute, Dachdecker, Schlosser, Maler usw. geben ihnen nichts oder nicht viel nach. Der Faulenzerei der Bauarbeiter und der dadurch bedingten Wertuerung des Bauens stehen die zunächst Beteiligten, die Architekten, meist mit einem gewissen Fatalismus untätig gegenüber. Sie halten eine Wendung zum Besseren oder gar eine Rückkehr zu dem früheren guten Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für ausgeschlossen, befürchten auch, daß ihnen aus einem energielosen Aufstreuen nur Schwierigkeiten erwachsen könnten.“

In dieser Art unerhörter Beschimpfungen geht es weiter. Der Herr „höhere Verwaltungsbeamte“ merkt in seinem Blinden Eifer dabei gar nicht, wie sehr er sein gefühlvoll schlagendes sozialpolitisches Herz bloßstellt und mit wie herzlich wenig Logik er operiert. In einem Atemzuge sagt er, die Sozialdemokratie habe die Arbeit qualitativ verschlechtert, und früher hätten die Maurer das doppelte Quantum von Steinen vermauert als heute. Daß die damalige größere Arbeitsleistung ohne weiteres eine qualitative Minderleistung bedeutet hätte, sieht jeder denkende Mensch ein. Für den „höheren Verwaltungsbeamten“ scheint in bezug auf die Denkfähigkeit aber schon der Nullpunkt in verdächtige Nähe gerückt zu sein. Qualitativ hat die Arbeit gegen die Probenzeit von ehemals ganz naturgemäß eine Steigerung erfahren müssen, je durchgreifender die Erfolge der auf eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften waren! Den Vorwurf des quantitativen Rückgangs hätte die Sozialdemokratie als ein entschieden es Lob aufzufassen; denn der Schutz der arbeitenden Klassen vor Ausbeutung und die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bilden ihre obersten Forderungen. Wer eine solche quantitative Verminderung der Arbeitsleistung ist gar nicht eingetreten, das ist in diesen Blättern wiederholt in unabweislicher Weise dargetan worden. Aus den Schmähreden des „höheren Verwaltungsbeamten“ freilich lieft man die ungezügelt wogende nach einer Rückkehr zu dem „früheren guten Verhältnis“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ heraus, d. h. zu dem System der Ausbeutung bis auf den letzten Rest der Kraft! Das „gute Verhältnis“ des höheren Verwaltungsbeamten schmeckt nach pharaonischer Betriebsamkeit beim Pyramidenbau mit Keiten-gerassel und Knienstieben. Alle Welt wundert sich, daß heutzutage die Häuser wie Pilze aus der Erde wachsen. Der „höhere Verwaltungsbeamte“ aber sagt: „Jeder, der einmal einen Bau hat auführen lassen, weiß ein Lied davon zu singen“ — nämlich den der „Faulenzerei“ der Bauarbeiter, und für die leichte Bauart dieser pilzartig aufschießenden Häuser macht er die qualitativen und quantitativen Minderleistungen der Bauarbeiter verantwortlich. Wo bleibt da die Logik! Wer diese logisch gedrückten und denkwürdigen, bequemen Gelben der Feder sind die stärksten Staatsstützen, die sich würdig dem famosen System Gänge und den drakonischen Maßregeln zum Schutze „Arbeitswilliger“, wie wir sie jüngst erst wieder in Probit in bengalischer Beleuchtung sehen, angliedern. Wie die sozialpolitische Denkweise dieser Gelben beschaffen ist, sieht man auch daraus, wie der „höhere Verwaltungsbeamte“ die Wohnungsnot der ärmeren Klassen zu bekämpfen gedenkt. Er meint, die Bodenfläche und die Höhe der einzelnen Räume sind soweit als möglich einzuschränken.“ Also Zellen, käfigartige Behausungen! Vielleicht hat der „höhere Verwaltungsbeamte“ — einen Vogel, den er darin unterbringt!

Die „Erzieher“ der deutschen Arbeiter.

Wer mag das wohl sein? Nun, bis jetzt ist es noch niemand, und weil es noch niemand ist, sind die deutschen Arbeiter auch noch nicht erzogen. Und weil die deutschen Arbeiter noch nicht erzogen sind — nämlich zum Klassenkampf — sind — deshalb glauben sich die Leiter der „großen“ syndikalistischen Bewegung in Deutschland als Erzieher der deutschen Arbeiter immer wieder in empfehlende Erinnerung bringen zu müssen. Das Sprachrohr dieser Leute, die „Einigkeit“, bemühte sich kürzlich mal wieder, den Radweiss zu führen, daß die deutschen gewerkschaftlichen Arbeitergenossenschaften nicht in der Lage seien, den proletarischen Klassenkampf zu führen. Anlaß dazu gab ihr der Eisenbahnerstreik in Frankreich. Natürlich war das syndikalistische Blatt von diesem Streik — es war ja ein Generalstreik! — entzückt, und so benutzte es freudig die Gelegenheit, den von ihren Führern in den „Sumpf“ geführten deutschen Arbeiter die revolutionären, klassenbewußten französischen Arbeiter als Musterbeispiele gegenüberzustellen. Die französischen Eisenbahner und die französischen Arbeiter überhaupt, das sind Leute, die zu handeln verstehen, die den allein echten und wahren Klassenkampf zu führen vermögen, während die deutschen Arbeiter den Weg der Kompensationspolitik wandeln, Verwaltungen mit guten Rassenrichtungen und Registraturen errichten, Statistiken und Enqueten aufnehmen und sogar — man denke! — feststehendes und liegendes Grundeigentum erwerben. Darin wird auch in den deutschen Gewerkschaften eine rege Tätigkeit entfaltet; aber diese Tätigkeit geht nur darauf hinaus, jede einzelne Organisation über das ganze Land zu spannen, durch allerlei Einrichtungen ihre Stabilität zu sichern und die Mitglieder an eine möglichst pünktliche Beitragszahlung und an Disziplin zu gewöhnen. Daß solche Organisationen keinen Klassenkampf führen können, ist für die „Einigkeit“ selbstverständlich. Das werden sie erst können, wenn sie nicht mehr „an dem blinden Faden festhalten“, in jeder Weise geschäftlich handeln zu sollen. Wenn sie soweit sind, und wenn sie sich ein anderes System gegeben haben, das heißt, wenn sie syndikalistisch geworden sind, dann erst können auch sie, wie die französischen Arbeiter, Klassenkampf führen. Beim letzten Generalstreik machten das die französischen Arbeiter nach der „Einigkeit“ folgenbüßend:

„Dort sahen sich die Kämpfer zunächst vor, daß ihre Gelber nicht beschlagen werden konnten. Sie konnten diese Vorkehrung schnell über, weil sie diese nicht in Staats-, Kommunal- und Kirchenpapieren, oder in Hypotheken, Pfandbriefen, Grundkassen usw. festgelegt hatten (und weil sie auch gar keine Gelber zum Festlegen hatten“ hätte das Blatt hinzufügen müssen), wie dies in Deutschland der Fall ist. Die Streikkommission konnte dreißig verhaftet werden, das ist dem Streik nicht den geringsten Abbruch. (???) Im Gegenteil stärkte diese Brutalität erst recht den Kampfesgeist der Arbeiter. (111) So, es liegt fest, wenn ein Streikkomitee nach dem andern verhaftet wird, die Bewegung selbst wird nicht im geringsten darunter leiden. (Wer: laßt da?) Immer neue Kämpfer springen in die Bresche, immer mutiger und rücksichtsloser werden die Arbeiter. (Seute mag die „Einigkeit“ betrübt das Wort zitieren: Erstens kommt's ganz anders, und zweitens als man denkt.) Eine Kategorie nach der andern tritt — wenn sie sieht, damit den Kämpfenden helfen zu können — in den Solidaritätsstreik, ohne lange die Folgen zu erwägen, ohne Rücksicht auf das sogenannte Gemeinwohl. (Die Folgen der „direkten Aktionen“ sind auch danach.) Jeder einzelne ein Kämpfer auf seine Art. Die Solidarität bedingt ihre Disziplin, das ausgegibt Zusammengehörigkeitsgefühl läßt all die Erwägungen, die die Mehrzahl der deutschen Arbeiter über die eventuellen Folgen anstellen würde, gar nicht zu. Der Augenblick gebietet das Handeln. Diese Ueberzeugung ist und muß entzündend sein. Darin muß die deutsche Arbeiterschaft erzogen werden, wenn sie ernstlich von der Führung des proletarischen Klassenkampfes reden will. Das zu erreichen, ist unsere Aufgabe.“

Wir gratulieren zu dieser Aufgabe; sie wird dem Blatte sicher nicht leicht werden, und schließlich dürfte es sogar einsehen, daß es ihr gar nicht gewachsen ist. Die deutschen Arbeiter haben bis jetzt durch alle die Einrichtungen, die die „Einigkeit“ als Hindernisse für den Klassenkampf bezeichnet, auf dem Gebiete des Klassenkampfes unendlich mehr Positives geleistet, als die syndikalistisch erzeugten französischen Arbeiter, die, obwohl sie zur Führung des Klassenkampfes viel mehr Freiheit haben als wir, durch ihre von der „Einigkeit“ empfohlenen direkten Aktionen doch nur von Niederlage zu Niederlage taumelten. So auch diesmal mit ihrem Generalstreik. Die Nummer der „Einigkeit“, in der das oben abgedruckte Bled zur Verberlichung des Generalstreiks entfallen war, war noch nicht in den Händen der Leser, da war der Streik schon jämmerlich zusammengebrochen, und in der nächsten Nummer mußte sich die „Einigkeit“ selbst ins Gesicht schlagen. Die Bewegung schien, so heißt es da, „alle Bedingungen des Erfolges in sich zu tragen. Und dennoch ging sie verloren. Der Grund? Mangel an Disziplin!“ Also die Disziplin, der bekannte „Kadavergehorsam“ der Syndikalisten, sollte den französischen Eisenbahnern, die Kameraden der Nordbahngruppe haben seine Selbstbeherrschung besessen. Sie haben sie früh losgeschlagen und haben damit dem Gegner die Position verraten.“ Deshalb bürdet ihnen die „Einigkeit“ die moralische Verantwortung für die verlorene Bewegung auf. In Deutschland ist das bekanntlich meistens umgekehrt, da pflegen nach demselben Blatt die Arbeiterführer dem Gegner die Position durch allzu langes Bödern zu verraten, und wenn einmal ein Kampf verloren geht, dann haben nur die Führer die Schuld, weil sie die Mitglieder nicht früh genug losgelassen und später nicht zum „Generalstreik“ übergehen ließen. So weiß das Syndikalistenblatt aus jeder Situation für sich Honig zu saugen. Aber das Blatt hat in dem Artikel, der von seinem Pariser Mitarbeiter stammt, auch vernünftige Anwandlungen, die man festhalten und seinen großmäuligen Anhängern gelegentlich zu kosten geben muß. Es schreibt nämlich:

„Und noch eine andere Lehre resultiert aus den Ereignissen dieser Tage. Wir haben wieder einmal gesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft sich erstreckt, als wir es gebührend glauben, daß sie immer noch über Mittel verfügt, die unsern Normarisch aufhalten, wenn auch nicht verhindern können. Nein, sie fällt nicht um, wie die Maurern von Jericho, wenn wir sie ankreien. Nein, wir belügen uns selbst, wenn wir glauben, sie sei durch einen kühnen Anlauf aus dem Sattel zu heben. Und wenn uns dies gelänge, so würde sie sich in ein Automobil werfen und uns entweichen, und wenn wir ihr Automobil überholen, sie würde uns im Flugapparat davonfliegen. Nein, wir müssen mehr tönen als diese bürgerliche Gesellschaftsordnung. Wir müssen besser organisiert sein als sie, um ihr Herr zu werden. Hier beim Eisenbahnerstreik hat sie gezeigt, weilen sie noch fähig ist. Und dies, trotzdem das ganze laalidische Betriebe Frankreichs in Unordnung, verrotet, verbeut und verborgen ist. Trotzdem die Sabotage des Syndikalismus tatsächlich beschiedene Teile des Betriebes unbrauchbar gemacht hat. Trotzdem die Sabotage aller der katastrophalen und struppelosen Gröhen, die offiziell und inoffiziell die Geschichte des Landes leiten, noch bei weitem höhere Verheerungen im Gesellschaftsbetriebe angerichtet hat, als die Sabotage der Syndikalisten. Trotz alledem stehen der bürgerlichen Klasse Frankreichs noch genügend Mittel zur Verfügung, um einen Sturmangriff der Arbeiterschaft abzuwehren zu können, weil die französischen Kameraden wohl die gegnerische Seite tüchtig unterwühlt, aber noch nicht eine eigene Organisation haben, die gut und stark genug wäre, den entweichenden Stoff zu tun, ohne selbst dabei in Zermürung zu gehen. Genossen der Freien Vereinigung, lernen wir daraus. Die herrschende Klasse in Deutschland ist härter, innerlich gefestigter, viel widerstandsfähiger, als die in einem Auflösungsprozess befindliche französische Bourgeoisie. Unser Kampf wird viel härter sein. Güten wir uns deshalb vor Selbsttäuschung. Wir arbeiten hier, bauen wir, organisieren wir, viel mehr noch als bisher. Unsere Organisation soll nicht nur gestärkt, denn dann wäre sie merklos in dem Moment, wo sie ihr Wert vollendet hätte. Sie soll auch aufbauen. Und besser als das, was sie zerstörte, wenn sie nicht endgültig überwinden werden will.“

Sollte man es für möglich halten, daß diese Güte in der anachronistisch-fundamentalistischen „Einigkeit“ stehen? Nun — sie wird schon bald wieder das Gegenteil schreiben!

Wirtschaftliche Rundschau.

Unmäßige Erholung im Tabakgewerbe. — Unheimlicher Fleischkonsum. — Eine amerikanische Zolltarifrevision?

Das Tabakgewerbe hat unter der Wirkung der neuen Steuer- und Zollverhältnisse überaus schwer zu leiden gehabt. Der Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe erfährt eine Zerrüttung, deren Grad geradezu beispiellos war. Die staatlichen Untersuchungen haben die soziale Not unter der Tabakarbeiterbevölkerung nur ganz wenig zu mildern vermocht. Den Grad der ungewöhnlichen Verschlechterung kann man schon deutlich an der Bewegung des Andranges am Arbeitsmarkt für die Arbeiter des Tabakgewerbes erkennen. Die Monate vor dem Zinfatfreiten der steuerlichen Belastung war der Geschäftsgang so lebhaft, daß die Nachfrage das Angebot fast völlig absorbierte. Vom Mai 1909 an, in welchem der Andrang noch auf 154 fand, sank er bis auf 114 im Juni und gar bis auf 100 im Juli. Dann kam aber sofort die Wendung. Schon im August berechnete sich der Andrang für den Kreis der ständig beobachteten Orte auf 457 und stieg dann bis Februar laufend des Jahres, in welchem Monat der Andrang die bedeutende Ziffer von 1384 erreichte. Seit dieser Zeit geht der Andrang langsam wieder zurück, und zwar bewegte sich die Andrangsziffer während der einzelnen Monate wie folgt:

März	891	Juli	271
April	572	August	350
Mai	524	September	187
Juni	466		

Aus dieser abnehmenden Bewegung der Andrangsziffern kann auf eine Erholung im Tabakgewerbe geschlossen werden, die auch durch andere Beobachtungen bestätigt wird. Freilich ist die Erholung noch keineswegs stark genug, um den Arbeitsmarkt befriedigend zu erleichtern. Es sind fast immer noch fast zwei Arbeitstunde auf eine offene Stelle vorhanden, wozu herabgesetzt, daß der Arbeitsmarkt mit einem starken Lebensangebot belastet ist. Die weitere Entwicklung des Beschäftigungsgrades im Tabakgewerbe hängt nunmehr in hohem Maße von dem Ausfall des diesjährigen Weihnachtsgeschäftes ab. Sind die Umsätze groß, vertritt ihre Steigerung eine Zunahme des wirklichen Verbrauchs, so wird der Detail- und Großhandel wieder mehr geneigt sein, größere Bestände an die Fabriken hinauszugeben und dadurch dazu beitragen, daß die unmäßige Erholung weitere Fortschritte macht. Daß in dieser Beziehung eine Besserung kommt, ist anzunehmen, aber bestimmt rechnen mit ihr kann man vorläufig doch noch nicht.

Daß durch das knappe Angebot von Schlachtvieh an den meisten größeren Plätzen und durch die steigende Bewegung der meisten Fleischpreise der Fleischkonsum eine Verminderung erfahren hat, darüber geben uns die Ziffern der geschlachteten Tiere in den einzelnen Vierteljahre des laufenden Jahres deutlichen Aufschluß. Die Hausgeschlachtungen sind bei den fortlaufenden Erhebungen nicht berücksichtigt, sondern nur die gewerblichen. Nedmet man die Zahl der geschlachteten Tiere nach einem bestimmten Durchschnittsgewicht in Fleischgewicht um und verfolgt die Bewegung der Fleischversorgung unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses pro Kopf der Bevölkerung, so erhalten wir für die ersten drei Vierteljahre folgende Gestaltung der Fleischversorgung pro Kopf in Kilogramm:

	1908.	1909.	1910.
1. Vierteljahr	10,23	9,95	10,14
2. "	9,44	9,60	9,45
3. "	9,91	9,86	9,72

Wenn auch die durchschnittliche Abnahme pro Kopf nicht sonderlich bedeutend ist, so ist doch zu erwägen, daß wir es hier mit einer Durchschnittsziffer zu tun haben, von der der Konsum der einzelnen Bevölkerungsschichten mehr oder weniger abweicht. Man kann ohne weiteres annehmen, daß in der Arbeiterbevölkerung die Abnahme im allgemeinen sehr viel stärker ist, und zwar um so stärker, je geringer die Mittel für die Ernährung sind. Es ist ja auch der Konsum von Schweinefleisch zurückgegangen, der für die Arbeiterbevölkerung von besonderer Bedeutung ist. Daneben ist aber zu beachten, daß sich durch die Steigerung der Fleischpreise der Fleischkonsum fast von Vierteljahr zu Vierteljahr verteuert hat. Also auch die Schichten, die schließlich ihren Fleischkonsum einigermassen auf der bisherigen Höhe halten konnten, mußten in der Lage sein, einen höheren Betrag als bisher für das verbrauchte Fleischquantum auszugeben. Glücklicherweise machte Schweinefleisch eine Ausnahme; es war immerhin noch billiger als im Vorjahre. Wenn nicht andere Nahrungsmittel in der nämlichen Zeit, in der Fleisch gestiegen ist, eine Ermäßigung erfahren hätten, so würden die höheren Fleischpreise noch weit fühlbarer den Fleischkonsum beeinträchtigt haben. So konnte ein Teil der höheren Ausgaben für Fleisch durch Ersparnisse beim Einkauf anderer Nahrungsmittel wieder ausgeglichen werden. Der Nahrungsmittelkonsum steht nämlich unter Annahme der gleichen Nationen wie im Vorjahre gegenwärtig immerhin noch etwas tiefer als im Jahre 1909, wenn auch jetzt ein paar Monaten die Minusdifferenz gegenüber dem Vorjahre merklich nachgelassen hat. Die Wochen vor Weihnacht bringen in der Regel eine weitere Steigerung der Detailpreise für Nahrungsmittel; so steigen vor allem die Preise für Butter, Eier, Mehl. An eine Ermäßigung der Fleischpreise ist augenblicklich auch nicht zu denken, so daß wir für das laufende Jahr mit einer Fortdauer der steigenden Preissteigerung auf dem Nahrungsmittelmarkt zu rechnen haben.

An den demokratischen Wählern in den Vereinigten Staaten von Amerika knüpfen sich in deutschen Handels- und Industriekreisen weitgehende Hoffnungen auf eine Revision des amerikanischen Zolltarifs. Es ist indes dabei nicht zu übersehen, daß Amerika selbst auch besonders hohe Preise für Nahrungsmittel hat, die

durch die Zollpolitik nicht veranlaßt sein können. Was aber die Industriezweige betrifft, so wird auch hier nicht gleich ein anderer Kurs erwartet werden. Vor allem ist vor dem Glauben zu warnen, daß sich eine solche Zollrevision so glatt vollziehen würde, wie es in einigen Handelszeitungen dargestellt wurde. Schon oft haben deutsche Geschäftskreise auf eine Milderung des amerikanischen Zolltarifs zugunsten des deutschen Exports gehofft, und fast stets sind diese Hoffnungen nicht nur aufgedauert geworden, sondern statt der Erleichterungen traten fast regelmäßig neue Zoll erhöhungen und Erhöhungen für den deutschen Export ein. Es scheint, daß alle diese Erfahrungen der amerikanischen Zollpolitik an einem Teil der deutschen Geschäftswelt fast spurlos vorübergegangen sind.

Berlin, den 20. November 1910. Rich. Galtner.

Politische Umschau.

Das wieder verammelte Reichsparlament. — Dreitägige Fleischenerungsdebatte. — Regierung und herrschende Parteien gegen das Volkinteresse. — Eine Kaiserreden-Interpellationsdebatte. — Die Schärffmacher im Reichstage an der Arbeit. — Massenfundgebung der Wiener Arbeiter gegen die Lebensmittelerhöhung. — Ein Zugeständnis der englischen Regierung an die Arbeiterpartei. — Palästinaer Generalfreistric der belgischen Arbeiterpartei in Aussicht. — Herr Briand und die französischen Eisenbahner. — Revolution in Mexiko und in Brasilien.

Nun ist es wieder verammelt, das Reichsparlament. Es hat, die lange Verlegung bewendend, am 22. November seine Arbeiten wieder aufgenommen, in sehr kurzer Sitzung erledigte es ohne nennenswerte Debatte die erste Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Änderung der Gerichtskosten, den Schluß des zur Anfertigung von Reichsanfragen verwendeten Papiers und die zweifelhafte Anwendung schwerer gesundheitlicher Schädigung gebotene Verrückung von Kadavern einbezogenen Tiere. Es soll verhindert werden, daß solche Kadaver die Luft verpesten oder gar als Nahrungsmittel benutzt werden. Das letztere geschieht, ist leider gar nicht so selten. Es gibt arme, mitleidende, hungernde Menschen, die Kadaverfleisch nicht verschmähen, und gewissenlose Geschäftsleute, die es verkaufen oder noch unter Täuschung der Konsumenten, als Nahrungsmittel in den Handel bringen. Ein besonderer Anreiz dazu ist mit der Fleischsteuerung gegeben.

Es liegt eine gewisse graufame Cäthre darin, daß auf die Kadaver-Debatte die durch zwei Interpellationen beantragte Fleischsteuerungs-Debatte folgte. Die eine dieser Interpellationen, die der sozialdemokratischen Fraktion, fragte den Reichskanzler kurz und bündig, was er zu tun gedente, um der Volksgesundheit schwer gefährdenden Lebensmittelsteuerung zu begegnen. Die zweite, von den Konservativen ausgehend, hatte eine entgegengesetzte Tendenz; sie sollte der Regierung Gelegenheit geben, im Sinne der agrarischen Volksauswanderungspolitik und zugunsten derselben Stellung zu nehmen zu der „in vielen Städten eingetretene bedauerliche Verteuerung des Fleisches“. Wislang hatten die Agrarier die Falsche dieser Verteuerung nicht als eine bedauerliche Erscheinung erachtet, ja diese Tatsache selbst frivolo abgelehnt. Was sollen wir über die Interpellations-Verhandlungen/die drei Dauerfragen in Anknüpfung und in denen über zwanzig Redner zum Worte kamen, sagen? Daß die sozialdemokratischen sowie auch die freisinnigen Redner bemüht waren, die in der agrarischen Wirtschaftspolitik liegenden Ursachen und die verderblichen Wirkungen der Fleischsteuerung so gründlich wie möglich darzulegen und mit dieser von der Regierung gestützten und geförderten Politik ins Gericht zu gehen, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Sozialdemokratie und Freisinn sind die einzigen Parteien, die für die energische grundsätzliche Bekämpfung der Ursachen der Fleischsteuerung wie des agrarischen Lebensmittelmangels überhaupt in Betracht kommen. Die Sozialdemokratie allerdings in erheblichem Maße als der Freisinn, weil sie unbedingt und rücksichtslos alle Konsequenzen zieht. Wie die konservativen beider Gruppen, so traten auch die Nationalliberalen unentwegt für die agrarische Wirtschaftspolitik ein, und die sogenannten „Reformpartei“ (Antisemiten) schloßen sich ihnen an. Für das Zentrum sprach zunächst der auf diese Politik völlig eingeschlossene Abgeordnete Herold, den man den Zentrumsagrarier nennt. In Vertretung seiner Fraktion verteidigte er die agrarischen Sonderinteressen. Er wagte die Behauptung, es liege „wirklich kein Grund vor, über besonders hohe Fleischpreise zu Hagen!“ Schließlich wies er den berechtigten Vorwurf, daß das Zentrum die Arbeiterinteressen verhöhnt, als einen unbegründeten zurück. Wir aber meinen, daß in diesem Punkt die Tatsachen das entscheidende Wort sprechen, und wir sind überzeugt, daß die Masse der vom Zentrum seit her gegängelten katholischen Arbeiter einsehen wird, wie schwer sie sich an eigenen Interesse verjüngt, wenn sie fortfährt, dem Zentrum und seiner Politik eine Stütze zu sein. Ein zweiter Zentrumsredner, Herr Trimborn, trat als Reichstagsabgeordneter für die zweitgrößte preussische Stadt ebenfalls für die agrarische Wirtschaftspolitik ein. In seiner Eigenschaft als Kölner Stadtbater aber glaubte er die Definition der holländischen und französischen Grenzen für die Vieheinheit fordern zu müssen, welsch schönes Weisheit von zwei Seelen in einer Brust!

Nun, Herr Trimborn konnte sich das leisten in der Ueberzeugung, die agrarpolitische Seite seiner Fraktion nicht ernsthaft zu treffen.

Besonders Interesse nahmen die Ausführungen des neuen preussischen Landwirtschaftsministers Herrn von Schorlemer-Desfer in Anspruch. Der fand sich einfacher und bequemer Weise ab: er redete das Lob der „Zugend“ der Zukunft ab. Der gute Deutsche soll die Dinge nehmen wie sie sind, sich still und ergeben mit ihnen abfinden. Weshalb über Fleischsteuerung Hagen? Sind doch, wie Schorlemer bemerkte, auch

alle andern Lebensmittel im Preise gestiegen. Ergo spendete er den Trost: „Es wäre sonderbar, wenn nicht auch die Fleischpreise gestiegen wären. Das Volk wird sich mit dieser Tatsache abfinden müssen!“

Ist es erhört? Mit solch einem wie Sohn klingenden „Trost“ wagt ein preussischer Landwirtschaftsminister dem Volke zu kommen, das durch den neuen Zolltarif, die Grenzsperrern z. sowie durch die „Finanzreform“ einem förmlichen System zöllnerischer und steuerlicher Auswucherung überantwortet ist! Unter Berufung auf die Verteuerung aller Lebensmittel hat man eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter durchgesetzt und sogar dem schwer reichlichen König von Preußen eine Erhöhung der Zivilliste bewilligt. Das ist ein im letzteren Falle allerdings nicht angebrachter praktischer Ausgleich. Die Beamten und der König bekommen zu Lasten der Steuerzahler mehr Geld. Aber die Millionen des armen und unbestimmten arbeitenden Volkes sollen sich mit der Verteuerung „abfinden müssen“, d. h. sie sollen den Hungerriemen fester schnallen, Not und Entbehrung geduldig aufziehen und sein Hilfe als unabwendbares Los in den Kauf nehmen. Wie die Dinge liegen, hat die Lohnarbeiterschaft die einzige Möglichkeit einigen praktischen Ausgleichs darin, daß sie bestrebt ist, höhere Löhne zu bekommen, freiwillig geben die Unternehmer den Arbeitern keinen Pfennig mehr; sie müssen sich jede Lohnerhöhung erkämpfen. Und in diesem Kampfe stellt die Staatsgewalt sich auf die Seite der Unternehmer; sie läßt es sich im Grunde mit diesen angelegen sein, den Arbeitern die Streiks, überhaupt den Gebrauch des Koalitionsrechtes zu erschweren und unmöglich zu machen, und so Lohnerhöhungen zu verhindern. Und dazu der „Trost“, daß das Volk sich mit der Lebensmittelsteuerung „abfinden müssen“! Nun, wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse über diese Befundung ministeriellen „sozialen Bewußtseins“ zur Tagordnung übergehen wird, d. h. daß sie alle ihre Kraft daran setzen wird, um bei den nächsten Reichstagswahlen den Reichstag zu einer wahren Volksvertretung umzugestalten.

Von einem praktischen Resultat der Fleischsteuerungsdebatte, wie es im Volksinteresse geboten gewesen wäre, kann natürlich nicht die Rede sein. Es fehlt den maßgebenden Faktoren ebenso sehr an der Einsicht wie an dem guten Willen, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Das war mit Sicherheit vorzusehen, aber die Opposition gegen das herrschende System wird aus diesen Debatten gewisslos neue Kraft gewinnen.

Am Sonnabend gelangte die Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die letzten Kaiserreden, zur Verhandlung. Sie legt dem Reichskanzler die Frage vor, was er zu tun gedente, in Ausführung der im November 1908 vom kaiserlichen Willen als veramtlichtem Reichskanzler und zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstage abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg in Preußen und in andern Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebenen Erklärungen?

Nachdem der Reichskanzler sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hatte, wurde sie vom Abgeordneten Redebaur in einer längeren, sehr scharf gehaltenen Rede begründet. Redner ging von der Erwägung aus, daß der Kaiser reden möge so viel er wolle, daß aber für das Volk das Recht und die Möglichkeit gewahrt werden müsse, auf politische Rundgebungen des Kaisers zu antworten. In Königsberg habe der Kaiser sich ergangen in Verherrlichungen der Mitglieder seiner eigenen Familie, sich als Monarch „aus eigenem Recht und als „Instrument des Herrn“ bezeichnet, was hinausläufe auf die Proklamtion des persönlichen Regiments. Auch die vom Kaiser geäußerten Ansichten über die Aufgaben der Frau unterzog der Redner einer verurteilenden Kritik. Nicht minder scharf wies er die Behauptung des Kaisers zurück, daß nur auf unserer Nützung unser Friede beruhe“. Tatsächlich könne der Friede nur gesichert und der Krieg unmöglich gemacht werden, wenn alle Kulturvölker dahin gelangen, den Krieg zu verabschauen und gemeinsam sich bemühen, seine Ursachen zu beseitigen, wie die Sozialdemokratie es erstrebe.

Der Reichskanzler B. Bethmann-Sollnow fand allerdings der Worte genug, die um Widerlegung dieser Ausführungen dienen sollten, aber Worte sind noch keine Gründe. Der verantwortliche leitende Staatsmann verteidigte die Äußerungen des Kaisers, insbesondere dessen Auffassung, daß er König sei aus eigenem Recht, wofür er sich auf die durch die „Tradition begleitete“ Formel „von Gottes Gnaden“ berufen könne.

Dem Reichskanzler sekundierte zunächst der Zentrumsführer Freilich v. Herffing. Er verteidigte die Auffassung, daß der Monarch ein „ausgewähltes Werkzeug Gottes“ sei, als eine „christliche“. Der Herr hat also die Tatsache ignoriert, daß im Laufe der Jahrhunderte schon oft die Gottesgnadentum über im Namen des Christentums als eine unchristliche zurückgewiesen worden ist. Offenbar hatte der Zentrumsführer es hauptsächlich darauf abgesehen, seine Partei dem Kaiser als „sicherer Stütze des Thrones, Altars und der Ordnung“ in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er wollte aus den Worten des Kaisers etwas „Einziges“ herauslesen, nämlich die Aufforderung, „zusammenzutreten gegen über den destruktiven Tendenzen und zusammenzutreten für die sittlich-religiösen Schätze“.

Damit war der fromme Zentrumsmann in die Bahnen der Schärffmacherpolitik eingetreten. Der konfessionale Ordnungsbild v. Heydebrand folgte seinen Spuren, indem er eine edle und rechte frivole Gebre gegen die Sozialdemokratie hielt. Er wiederholte alle die alten, gegen die Sozialdemokratie so oft erhobenen Anschuldigungen: sie sei eine Partei ohne Vaterland, die alle Autorität in den Staub ziehen und die Staats- und Gesellschaftsordnung gewaltfam umstürzen wolle. Das könne die bürgerliche Gesellschaft sich auf die Dauer nicht gefallen lassen. Dem Terrorismus der Umsturzpartei müsse energig entgegengetreten

werden. Das war der Beruf nach Ausnahmefällen.

Der damit folgende national-liberale Abgeordnete Wasserhann hatte zwar staatsrechtlich manches an den Kaiserreden auszuheben. Aber er spendete den Reaktionsgehaltnen doch schließlich die kräftige Versicherung, daß die monarchische Gesinnung fest in unserer Nation wurzelt.

Konsequenter hielt sich der Redner der freisinnigen Volkspartei, Abgeordneter v. Bayer. Er nahm die Sozialdemokraten in Schutz gegen die absurde Verdächtigung, daß sie mit ihrer Interpellation oder sonst neuerdings etwas Besonderes oder Unerhörtes getan haben. Die Königsberger Rede des Kaisers sei nicht vereinbar mit unsern staatsrechtlichen Verhältnissen und dazu dürfe das Parlament nicht schweigen. Im Anschluß daran wurde die Stellung der Sozialdemokratie nochmals vom Abgeordneten Dr. David dargelegt, der insbesondere auf die Notwendigkeit hinwies, das Deutsche Reich wahrhaftig freischließlich auszubauen. Mit scharfmacherischen Auslassungen des konservativen Abgeordneten v. Dirksen und des Antijemitenhauptlings Liebermann v. Sonnenberg schloß die Debatte, in der die Reaktion sich wieder einmal in ihrer ganzen Größe und Herrlichkeit gezeigt hat.

Wachlich ist, daß die Redner der reaktionären Parteien sich hüteten, den immer noch fortwährenden Döbister Kamallprozeß zu fraktifizieren. Der Verlauf dieses Prozesses ist mit dem Fortschreiten der Zeugenernehmungen von Tag zu Tag blamabler für die Polizei geworden. Zahlreiche einwandfreie Zeugen aus den verschiedensten Gesellschaftskreisen haben die Tatsache festgestellt, daß die Polizei in völlig unmotivierter, geradezu unerbörter brutaler und barbarischer Weise auf friedliche Straßenspaziergänger mit blanker Klinge eingegangen und daß sie dadurch die Erbitterung der Massen hervorrief. Mandate der Zeugenausagen sind so außerordentlich belastend für zahlreiche Polizeimänner, daß es uns als eine Pflicht der Staatsanwaltschaft erscheint, gegen diese Elemente strafrechtlich vorzugehen. Wenn der demwürdige Prozeß beendet sein wird, werden wir die Moniter Polizeibeamteten einer näheren kritischen Betrachtung zu würdigen wissen.

Von den außerdeutschen Angelegenheiten ist zunächst zu erwähnen eine Massenunternehmung, welche die Wiener Arbeiter am Vorabend der Wiedereröffnung des österreichischen Parlaments auf dem Rathausplatz gegen die Lebensmittelerhöhung veranstalteten. Die Demonstration war eine sehr impoante und eindrucksvolle. Die Zehntausende richteten an das Parlament die Aufforderung, die Regierung zu entscheidenden Maßnahmen gegen die immer drückender werdende Lebensmittelerhöhung zu veranlassen:

Öffnung der Grenzen für die freie Vieh- und Fleischeinfuhr! Befreiung der Vögel auf Futtermittel!

Vollfreie Zufuhr von gefülltem überseeischen Fleisch!

In England ist der Wahlkampf bereits in vollem Gange. Das Unterhaus hat sich bis zum 28. November vertagt; die Auflösung soll alsdann bald erfolgen. In einer der letzten Sitzungen machte bei der Budgetberatung der Premierminister Asquith ein Zugeständnis an die Arbeiterpartei, die durch ein Gesetz das „Oborne-Urteil“ unwirksam gemacht sehen wollen, das den Gewerkschaften die Bezahlung von Diäten an Parlamentsmitglieder aus Verbandsmitteln verbietet. Asquith versetzte zunächst auf die für das nächste Jahr angekündigte Vorlage über staatliche Entschädigung der Abgeordneten. Dann kündigte er noch einen neuen Gesetzesentwurf an, der den Trade-Unions eine beträchtliche Erweiterung ihrer Rechte zur politischen Betätigung bringt. Danach soll ihnen gestattet sein, in ihre Statuten die Aufbringung eines Fonds für die Aktion im Parlament und den Gemeinden, für „representation“ und ähnliche Zwecke aufzunehmen und sich zu diesem Zweck zusammenzuschließen. Vorausgesetzt wird, daß die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder vorher festgestellt und kein Mitglied gezwungen wird, zu einem solchen Fonds beizutreten.

Die belgischen Grubenarbeiter haben auf einem Kongreß, auf dem etwa 120 000 dieser Arbeiter vertreten waren, einen Beschluß von großer politischer Bedeutung gefaßt, nämlich: „daß in nächster Zeit alle Bergarbeiter des Landes in einen eintägigen Generalstreik treten werden. Der Tag des Generalstreiks ist noch nicht festgesetzt worden. Durch den Generalstreik soll die Regierung gezwungen werden, die Altersversorgung der Bergarbeiter in dem notwendigen Umfange und nicht mit halben Maßregeln zu sichern. Für den Generalstreik haben nicht nur die sozialistischen Gewerkschaften, sondern auch die anders organisierten Gewerkschaften gestimmt.“

Der französische Ministerpräsident Briand hat am 25. November die Parlamentariergruppe zur Verteidigung der Interessen der Eisenbahner empfangen, deren Präsident Rabier die Gründe auseinandersetzte, die für die Wiedereinstellung der während des Streiks entlassenen Eisenbahner sprachen. Briand erwiderte, daß die allgemeine Weibereinstellung einer Unnütze gleich käme, und daß die Regierung sich auf dies Gebiet nicht begeben würde. Er sei aber bereit, bei den Gesellschaften dafür einzutreten, daß die Reibion der Entlassungsfälle in weitestem Maße und in humanem Geiste erfolge. Er habe in dieser Hinsicht bereits Schritte getan; doch gehe er zu bedenken, daß die Fälle von Sabotage, die täglich gemeldet würden, seine Bemühungen zugunsten der Arbeiter nicht erleichterten. Man wird es den Eisenbahner nicht verdenken können, wenn sie in den humanen Geist Briands starke Zweifel setzen.

Und etwas von jenseits des Ozeans. In Mexiko und in Brasilien brach wieder einmal Revolution aus. In Mexiko richtet sie sich hauptsächlich gegen den Präsidenten Diaz, der schon bei zwei Gelegenheiten eine brutale diktatorische Gewalt Herrschaft über und zwar mit Hilfe der Jesuiten, welche es verstanden haben, sich zu den größten Grundeigentümern und damit zu

den wahren Herren des Landes zu machen. Die Landarbeiter sind tatsächlich noch Leibeigene, die in der schandbarsten Weise ausgebeutet werden. Der Merkantilismus unterdrückt alles Geistesleben und betreibt im Grunde mit der militärischen Oligarchie die rücksichtslose Anreicherung des Volkes. Dazu kommt, daß Diaz amerikanische Kapitalisten zur Ausbeutung der Goldminen ins Land gezogen hat, die wie die Räuber haufen. Es kam zu blutigen Kämpfen zwischen den Revolutionären und den Regierungstruppen. Es heißt jetzt zwar, die Ruhe sei einigermaßen wieder hergestellt, doch erscheint uns diese Mitteilung recht zweifelhaft. Wird die revolutionäre Bewegung auch jetzt unterdrückt, so wird sie doch gewiß bald wieder aufleben.

Die revolutionäre Bewegung in Brasilien rüstet sich ebenfalls gegen den Präsidenten. Seit Republik, Fonseca, der erst am 15. November sein Amt angetreten hat. Welchen Umfang die Bewegung angenommen hat, läßt sich nach den vorliegenden Mitteilungen nicht mit Sicherheit ermeßen. Nach einer Mitteilung hat zuerst die Flotte gemeutert. Dann ließ es, die brasilianische Deputiertenkammer habe zwecks Ueberwindung des Aufstandes eine glatte Amnestierung der meuternden Matrosen genehmigt. Die letzte vorliegende Nachricht aber besagt, daß trotz dieser Amnestie die Meuterer mit den von ihnen besetzten Schiffen in See gegangen seien, niemand wisse, wohin. Ueber den Zustand am Land fehlen nähere Mitteilungen überhaupt. Wahrscheinlich ist die Situation in Brasilien eine kritische, und es mag sein, daß es noch zu schweren Kämpfen kommt.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Bramsche (Streik).**
- Laage (Streik).**
- Ländscheld (Sperrn über die Bauten der Unternehmer in Meinerzhagen).**
- Ochsenzoll (Sperrn über H. Wagners Bauten in Fuhlsbüttel).**
- Podejuch (Sperrn über Rich. Kleinks in Podejuch, Herrn Koch in Finkenwalde, Albert Köhneemann in Klütz und Aug. Sack in Retzowfelde).**
- Rendsburg (Sperrn über die Bangeschäfte in Duvenstedt).**
- Soden-Salminster (Sperrn über Ruppel & Klingenberg).**
- Stettin (Sperrn über den Bau des Unternehmers Kelm auf der Zellstoffabrik in Kavelvisch).**

Fliessenleger:

- Bonn (Sperrn über den Zwischenmeister Kurlbaum; er hat Arbeiten in verschiedenen Orten von Rheinland und Westfalen).**
- Gelsenkirchen (Sperrn über die Firma Stolze und den Zwischenmeister Herschel).**

Isolierer und Steinholzleger:

- Bremen (Differenzen).**
- Dresden (Sperrn über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).**

Oesterreich:

- Jungbunzlau.**

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Nürnberg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Vorkost verhängt.

Gau Eöln.

Aus Düsseldorf schreibt man uns: Gesperl wurde der Neubau des Unternehmers Pauli in Kaiserwerth, da dieser Unternehmer sich weigerte, den Tarif anzuerkennen. Schon vor einigen Wochen, als die Organisationsleitung bei ihm vorstellig wurde, hatte er sich geweigert, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen; da er aber keine Arbeit hatte, konnten wir weitere Maßnahmen gegen ihn nicht ergreifen. Nachdem er nun einen Doppelbau angefangen hat, wurde die Leitung abermals bei ihm vorstellig. Pauli zahlte zwar den tarifmäßigen Lohn, erklärte aber dennoch der Tarif gebe ihn nichts an und er zahle nur nach Leistung. Da er den Bauhilfsarbeitern durchaus den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen wollte, so legten diese sowie auch die am Bau beschäftigten Maurer die Arbeit einmütig nieder. — Die Unternehmer Gerbit & Graner in Gerresheim entließen aus ganz nichtigen Gründen den Baulegeierten, worauf auch die übrigen Kollegen den Bau verließen.

Gau Stettin.

Aus Pöls schreibt man uns: Am 21. November wurde bei der Firma Kelm in Kavelvisch die Arbeit niedergelegt. Es wurde eine Lohnerhöhung von 50 % auf 65 % pro Stunde gefordert, die der Unternehmer aber zunächst ablehnte. Nach zwei Tagen erhielten unsere Kollegen den geforderten Lohn. — Auch bei der Firma Wosnau & Knauer wurde am gleichen Tage eine Lohnerhöhung gefordert. Auch hier kam keine Einigung zustande, worauf am folgenden Tage die Arbeit eingestellt wurde. Nach der Bewilligung der Firma Kelm war auch die Firma Wosnau & Knauer bereit, den geforderten Lohn zu zahlen. Gäßen unsere Pölsler Unternehmer den Vertrag zur rechten Zeit anerkannt, so hätte diese Bewegung nicht erfolgen können. Offenlich werden sie sich jetzt bald zur Anerkennung des Vertrages bequemen.

An die Kollegen des Eichsfeldes.

Der Winter steht vor der Tür, die Arbeit auf Bauten wird allenthalben eingestellt. Für unsere Kollegen vom Eichsfelde, die gezwungen sind, in industriereichen Gegenden ihr Brot zu verdienen, bedeutet das ein kurzes Zusammenleben im Kreise ihrer Familie. Nun ist aber leider die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kollegen in ihrer Heimat darüber die Pflichten der Organisation gegenüber ganz vergessen. Und doch sollten gerade die Wintermonate dazu benutzt werden, um die Fühlung der Kollegen untereinander und miteinander in allen Fragen der Organisation aufrecht zu erhalten. Wie notwendig dies ist, hat die Aussperrung in diesem Jahre zur Genüge bewiesen. Vielfach vergessen unsere Kollegen die vorchriftsmäßige Abmeldung von ihrem Arbeitsorte. Sie bekommen daher keinen „Grundstein“, und die Folge davon ist, daß sie später in wichtigen Momenten, wo große Fragen innerhalb der Organisation auftauchen, diesen meist verlässlichen Gegenübersehen. Deshalb richte ich die dringende Aufforderung an die Kollegen des Eichsfeldes, sich auch in den Wintermonaten an Organisationsvorhaben zu beteiligen, das heißt, sich in den hier bestehenden Zweigvereinen anzumelden und an den Versammlungen, die meist Sonntags abgehalten werden, zu beteiligen. Zweigvereine im Kreise Worbis sind: Zwinge und Winkingerode. Mögen die Kollegen diese Zeilen beherzigen, sie tun damit nur ihre Pflicht und erweisen der Arbeiterbewegung in hiesiger Gegend einen großen Dienst.

M. G.

Erneute „Fremden“ eggeffe.

Unsere Mahnungen und Warnungen an die Fremden, geschriebenen anlässlich der Züricher Exzesse scheinen auf diese keinen Eindruck gemacht zu haben, und auch der Ausschluß von zwei der Prügelgehenden aus der Organisation hat die Leute nicht zur Besinnung gebracht. Im Gegenteil: die Schluppsellen scheinen es geradezu darauf abgesehen zu haben, der Schweizer Mauerverorganisation das Leben zu erschweren und den guten Namen der deutschen Maurer in den Schmutz zu ziehen. Nach der letzten Versammlung der Züricher Sektion am Sonnabend, 19. November, überfielen die in größerer Zahl anwesenden Schwarzbeschäftigten wieder ohne jeden Grund die Notbeschäftigten, und in verschiedenen Lokalen der Stadt wurden dann am Sonnabend und Sonntag die Prügeleien fortgesetzt. Die Zentralleitung der Schweizer Organisation erfährt über die Vorkommnisse unter anderem folgende Mitteilung:

„An der Mitgliederversammlung vom 19. November nahmen etwa 15 rotbeschäftigte Maurer teil, die bereits vor Beginn der Versammlung erschienen waren. Etwa eine Viertelstunde nach Beginn der Versammlung erschien ein Krupp von 40 bis 50 Fremdgelehrten. Eine gespannte Stimmung beherrschte die ganze Versammlung, doch konnte diese beendet werden, ohne daß eine eigentliche Störung eintrat. Auf eine Provokation eines „Schwarzen“ an die „Roten“ reagierten die letzteren nicht. Kaum aber war die Versammlung geschlossen, so drängten sich die „Schwarzen“ hinter den „Roten“ aus dem Lokal, und ehe die letzten Versammlungsbefucher das Lokal verlassen hatten, kam einer der „Roten“ blutüberströmt zurück. Die „Schwarzen“ hatten ihm mit harten Gegenständen, vielleicht mit geschlossenen Messern, eine Anzahl Schläge in den Kopf geschlagen. Die andern „Roten“ waren von den „Schwarzen“ in die Flucht geschlagen. In verschiedenen andern Werkstätten gab es dann noch mehrere Prügeleien und auch am Sonntag wiederholte sich das Treiben. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor und sechs der Nabaubrüder sitzen jetzt im Loch. Mehrere Verwundete mußten ins Spital gebracht werden. Damit sollen aber die Feindseligkeiten der beiden Parteien noch nicht beendet sein; diese ziehen vielmehr aus der Schweiz und aus Deutschland Verstärkungen heran, was darauf schließen läßt, daß ein großer Kampf in Vorbereitung ist. Dabei kommt unsere Organisation immer mehr in Verfall. Unsere einheimischen Kollegen ergreifen ohne Ausnahme gegen die „Schwarzen“ Partei und man spricht bereits davon, daß es so nicht mehr weitergehen könne, sondern daß sich die Einheimischen zur Abwehr zusammenschließen müßten. Wenn es aber erst soweit kommt, dann sind die Folgen unabsehbar.“

Weiter wird in dem Schreiben mitgeteilt, daß die „Fremden“ auf die Ermahnungen der Organisationsleitung nur Lohn übrig hätten. Die „Fremden“ (Schwarzen) melden sich nicht an, damit man ihre Namen nicht erfährt und sie nicht ausschließen kann. Bei der Drohung mit dem Ausschluß verhalten sie uns mit dem Hinweis, daß der Ausschluß für sie keine Bedeutung habe, da sie in Deutschland ruhig weiter Mitglieder bleiben könnten und ihre Beiträge sowieso in Deutschland bezahlten. — Aus diesem Bericht der Organisationsleitung unseres Schweizer Verbandes geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Exzesse der „Fremden“ keine zufälligen Vorkommnisse sind, sondern daß sie organisiert und planmäßig vorbereitet werden, und zwar vorbereitet werden in der Hoffnung, daß man die Nabaubrüder wegen ihrer Verbrennen an der Organisation nicht belangen könne, daß sie in unsern Verbände immer wieder Unterschlupf finden könnten. Unsere Organisation wird dafür zu sorgen haben, daß das in Zukunft nicht mehr möglich ist.

daß unsere Gegner viel von uns gelernt und das von uns Gelehrte nicht ohne Nutzen für ihre Organisation verwendet haben. Sogar kommt, daß ihre ausführenden Organe mit sehr großen Vollmachten ausgestattet sind, während bei uns das Gegenteil der Fall ist. Der letzte Kampf ist von der Gewerkschaft ausgeht worden, die vollständig unabhängig voneinander ihre Bestrebungen hatten, was ihre Schlagfertigkeit wesentlich beeinträchtigte. Der erste Schritt zur Einheitsorganisation ist getan, jetzt ist es an uns, dafür zu sorgen, daß alle Kollegen in der neuen Organisation tüchtige Kampfkämpfer sind. (Weißfall.) — Hierauf wurde die Zeitung des Gaus gemäß, die aus folgenden Kollegen besteht: Hermann Silberstein, erster Vorsitzender; Otto Lehmann, zweiter Vorsitzender; Krennhafer, Kassierer; Thöns, Gante und Köber, Beisitzer; Remm, Kersten und Reimann, Beisitzer. — Es liegen folgende Anträge Senftenberg vor: „Jeder Zweigverein im Gau Berlin ist verpflichtet, einen Lokalausschlag von 5 3 pro Woche zu erheben; Monatszuschläge kommen in Wegfall.“ — „Die Statistik für das Verzeichnis der Unternehmer ist nach der Aufnahme der allgemeinen Baukontrollen jedes Jahr zu machen.“ — Zu den beiden Anträgen sagte Kollege Silberstein: Zur Erfüllung aller Aufgaben bedarf es sehr vieler Agitationsarbeit, sehr vieler ideeller Arbeitsfreudigkeit und großer Mühsal, aber auch des Geldes. Besonders müssen neben den großen Mitteln, die der Gesamtverband bei Beginn des Jahres 1913 bedarf, auch die Lokalfassen eine bedeutende Stärkung erfahren. Einmal, um die Aufgaben auf dem Gebiete der Agitation und der Erziehung der Mitglieder erfüllen zu können, und zweitens, um einen bestimmten Nachschub für die schlimmsten Kampfzeiten zuzusetzen. Die Lokalfassen müssen einen Reservefonds von mehreren Millionen Mark aufweisen, damit sie in Kampfzeiten der Organisation einen gewissen Rückhalt gewähren. Wir wollen deshalb allen die Pflicht auferlegen, einen Lokalausschlag von mindestens 5 3 einzuführen, auch im Winter. Einen Zuschlag, der in den Zweigvereinen zwingt, einen Lokalausschlag zu erheben, können wir nicht fassen, weil er gegen § 25 Abs. 2 des Statuts verstößt; doch dürfte unser dringende Wunsch durchaus Beachtung finden. Den Anträgen wurden im Sinne der Ausführungen des Kollegen Silberstein zugestimmt. — Kollege Silberstein führte dann aus, es entspricht durchaus dem Wunsche des Vorstandes und der neuen Gauleitung, wenn in den vertragslosen Lohnbezirken im nächsten Jahre danach getrebt werde, den Lohn, die Arbeitszeit und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die 5 3, die uns die diesjährige Lohnbewegung brachte, sei das mindeste dessen, was auch die Kollegen in den Bezirken brauchen, die an der diesjährigen Bewegung nicht beteiligt waren. Es gibt im Gau noch neun Bezirke mit Organisationen, die weniger als 35 3 Lohn haben, darunter zwei, mit elfstündiger Arbeitszeit; ferner 17 Bezirke ohne Organisation mit 35 3, darunter sieben mit elfstündiger Arbeitszeit. Bisher galt ein Stundenlohn von 35 3 als Mindestlohn; inzwischen ist eine erhebliche Preiserhöhung eingetreten, die in der verkehrten Politik und der „großen“ Reichsfinanzreform ihre Ursache hat. — Wir sind der Meinung, daß der veränderten Wirtschaftslage entsprechend, der Mindestlohn 40 3 betragen muß; natürlich muß auch für die Bauarbeiter eine entsprechende Erhöhung eintreten. (Schärfte Zustimmung.) Für diese Erhöhung kommen 81 organisierte und sieben unorganisierte Orte in Betracht; darunter die mit elfstündiger Arbeitszeit. Dann muß unbedingt ausgeprochen werden, daß alle Bauarbeiter dem Bauarbeiterverband anzugehören haben, daß alle Kollegen an die Organisation ihre Beiträge zahlen, die ihnen ihre Löhne macht. Es ist kein gerechter Zustand, wenn an einigen Orten ganz bedeutende Teile anderer Organisationen auf dem Bau Beschäftigung finden. Dieser Zustand muß unbedingt eine Änderung erfahren. Es muß, wenn in der Folgezeit dem Unternehmertum entgegengetreten werden solle, dafür gesorgt werden, daß die deutschen Unternehmer bei den kommenden Stämpfen eine geschlossene Kampffront finden. Die Unternehmer werden aus dem Fehler der letzten Bewegung gelernt haben, werden da, wo sich bei ihnen Schwächen zeigten, versuchen, sie zu beheben. Wenn auch jetzt der Verband der Baugeschäfte in Berlin aus dem Bunde ausgeschieden ist, werden doch bereits Anstalten getroffen, um Berlin wieder heranzuziehen. Vom Gegner sollten wir lernen, sollen unsere Organisation auf die Höhe bringen, sollen aber auch dafür sorgen, daß in unseren Reihen ein Geist weht, wie er durch die Spalten der Arbeiterpresse weht. — Mit einem dreifachen Hoch auf den neuen Bauarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen.

schiedene Wünsche, besonders hinsichtlich der Agitation, gütliche; ernsthafte Einwendungen gegen die Auswertung erhob man nicht. An Anträgen lag nur einer vor; der Zweigverein Hannover beantragte Zurücksetzung von Geldern, für die er Agitation unter den italienischen Terrazzo-Arbeitern betreiben ließ. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß für Agitation innerhalb des eigenen Zweigvereins Gelder nicht gezahlt würden. Der Gauvorstand wurde darauf einstimmig entlassen. Zu den Vorschlägen zur Wahl des neuen Gauvorstandes teilte Kollege Könnies mit, daß man sich in einer Vorbesprechung dahin geeinigt habe, in der Vorstand des Gaus Hannover im neuen Bauarbeiterverband vier Vertreter der Maurer und drei Vertreter der Bauhilfsarbeiter zu wählen. Die Gauleitung der Maurer wählte selbständig und die der Bauhilfsarbeiter ebenfalls, wie das die höchste Instanz, der konstituierende Verbandstag, bestimmt habe. In den Gauvorstand kamen dabei zwei Vorliegende als besoldete Beamte, ein Vertreter der Maurer und ein Vertreter der Bauhilfsarbeiter. Die konstituierende Gauleitung habe die Wahlen zu sanctionieren. Dem Vorschlage, den Gauvorstand aus vier Vertretern der Maurer und drei Vertretern der Bauhilfsarbeiter bestehen zu lassen, wurde zugestimmt. Dagegen wurde ein Antrag der Hildesheimer Kollegen abgelehnt, wonach auch Kollegen aus andern Zweigvereinen in den Gauvorstand gewählt werden sollten; man botierte, daß der gesamte Gauvorstand am Vororte Hannover wohnen müsse. Nach dieser Debatte wurde gewählt: Barnhoff (Vorsitzender), Drewes (Kassierer), August Lampe und Schilling (Beisitzer), Wagnmann und Jünemann (Beisitzer). Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Anschließend traten dann die Delegierten der Maurer und Bauhilfsarbeiter zur konstituierenden Konferenz des Gaus 11 des Deutschen Bauarbeiterverbandes zusammen. Der Vorstand des Bauhilfsarbeiterverbandes war durch Barnhoff vertreten; außerdem waren die Gauleiter Gräning-Samburg, Lantanus-Bremen und Frech-Halle anwesend. Zuerst hörte die Konferenz ein sehr gründliches Referat des Kollegen Barnhoff über die Entwicklung der beiden Organisationen, das sehr reich an geschichtlichen Erinnerungen und Ausgrabungen war, wobei die Bedeutung der Orte des Gaus natürlich besonders heraidisiert wurde. Kollege Barnhoff schloß mit einem warm gesprochenen Appell an die Einsicht und Duldsamkeit aller Teile der neuen Organisation. Dann folgten die Wahlen. Von den Bauhilfsarbeitern wurden Wulle als Beamter und Sebade und Neumann als Vorstandsmitglieder präferiert. (Kollege Wulle war bisher Leiter des Stuttgarter Zweigvereins, borchem war er Angehörter des Konjunkturreins in Hannover.) Nach den Vorschlägen entspann sich eine Debatte über die Wahl. Einige Delegierte der Hannoverischen Maurer waren gegen die Wahl Wulle. Nachdem Könnies und Barnhoff demgegenüber auf die hierfür maßgebenden Beschlüsse des gemeinsamen Verbandstages hingewiesen hatten, erfolgte die Wahl der vorgeschlagenen Kollegen. Dann folgten Anträge der Zweigvereine. Ein Antrag Düneburg in Bezug auf die Mitgliedschaft der Zweigvereine zu prüfen, erledigte sich durch den Hinweis auf § 7 des Verbandsstatuts. Ein Antrag der Hildesheimer, bei der Agitation auch sie zu beschäftigen und den Hildesheimer Hildesheimern zu unterlagen, unterwarf man zu arbeiten, wurde zurückgezogen, weil der Vorstand die Sache beschäftigen will. Nach einer Ansprache des Kollegen Barnhoff wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband geschlossen.

Gau Straßburg. (Konferenzbericht.) Die Konferenz des Gaus Straßburg tagte am 22. November im „Vollgarten“ in Straßburg. Betreten waren Straßburg, Mühlhausen, Meß, Colmar, St. Ludwig und Gebweiler. Den Bericht des Gauvorstandes, der sich bis 1908 zurückerstreckt, erstattete Kollege W o i g t. Die Bewegung ist seit Gründung des Gaus erheblich vorwärts gekommen. Die inneren Verhältnisse der Zweigvereine wurden geregelt und befestigt. Ebenfalls wurde die starke Fluktuation bedeutend vermindert. In einigen Orten, wie Gebweiler und St. Ludwig, steht es aber noch schlecht, was seinen Grund in verschiedenen örtlichen Umständen hat. Nachstehende Tabelle gibt ein anschauliches Bild über die Entwicklung der Bewegung.

Mitgliederbewegung in den Zweigvereinen des jetzigen Gaus Straßburg von 1901 bis 1910.

Ort	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Colmar	15	48	42	78	243	282	100	111	111	142
Gebweiler	—	—	—	—	—	28	—	—	7	36
Gräning	—	18	—	—	50	190	219	81	132	60
Meß	87	1	—	68	210	1023	409	218	360	530
Mühlhausen	6	21	40	175	88	126	312	474	294	580
Straßburg	25	80	334	429	600	904	1013	972	1018	1062
St. Ludwig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mit Wöhlheim und Häfingen	—	—	—	—	52	179	147	122	72	45
Schleifstadt	—	—	—	—	24	—	—	—	—	24
Xrier	25	14	19	58	30	22	47	86	152	155
Summa	158	182	435	825	1201	2725	2247	2071	2175	2614

Die Tabelle zeigt, daß nach dem Jahre 1906 ein starker Rückgang zu verzeichnen war. In Wirklichkeit ist dieser aber nicht so groß, wie es beispielsweise in Meß 1906, noch heute mitgeteilt wurden, die keine Mitglieder mehr waren. Soweit ein Rückgang eintrat, hat er seinen Grund in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Seitdem (vor allem in diesem Jahre) es gelungen, die Organisation wieder zu stärken und besser zu befestigen, als es vorher der Fall war. Ansperrungsbewegungen, die teilweise durch Streiks und Ausperrung zum Auszug kamen, hat es nicht gefehlt. In größeren Kämpfen kam es in Straßburg, Colmar und Mühlhausen. In der Ausperrung 1910 waren fast alle Zweigvereine beteiligt. Nachstehende Tabelle zeigt den Umfang der Ausperrung in jeder Weise:

Ort	Ausperrt	Unterstützung erzielten im Durchschnitt	Streitunterstützung wurde ausbezahlt	Von den streitenden ausbezahlt am Orte
Colmar	78	80	5171,16	1100,50
Gebweiler	15	10	706,69	111,60
Gräning	82	18	1871,32	580,80
Meß	351	185	13401,—	3532,30
Mühlhausen	188	69	6595,66	2767,—
Straßburg	587	410	56901,64	4025,50
St. Ludwig	—	—	—	—
Xrier	118	71	7959,—	487,50
Summa	1862	788	92108,46	12943,90

Die Erfolge sind denn auch nicht ausgeblieben. Es ist gelungen, eine bedeutende Steigerung des Lohnes sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Diese Erfolge vom Jahre 1900 bis 1910 resp. 1912 (jeweils Beträge abgeschlossen sind) zeigt nachstehende Tabelle:

Ort	1900		1905		1910		1912	
	Arbeitszeit	Stundenlohn	Arbeitszeit	Stundenlohn	Arbeitszeit	Stundenlohn	Arbeitszeit	Stundenlohn
Colmar	11	32½	10	42½	10	51	10	55
Gebweiler	11½	32	11	40	10	49	10	?
Gräning	11	33	10	39	10	49	10	53
Meß	12	84½	11	42½	10	54	10	58
Mühlhausen	10½	34	10-10½	39	10	57	10	61
Straßburg	11	38½	10	45	10	54	10	58
St. Ludwig	—	—	10½	35	10	49	10	?
Xrier	10½	40	10½	40	10	51	10	55

Aus diesen Zahlen kann jeder die Erfolge unserer Bewegung beurteilen. Auch in der Frage des Bauarbeiter-schutzes wurde Hand in Hand mit der Bauarbeiter-Gewerkschaft, Verbesseerungen herbeizuführen. Vor allem galt es, die Interesslosigkeit der Arbeiter in dieser Frage zu beseitigen, was auch zum großen Teil gelungen ist. Weiter wurden Eingaben an Gemeinden und eine Petition nebst Vorschlägen für Verbesserung resp. Einführung von Bauarbeiter-Gewerkschaften ausgearbeitet und dem Ministerium eingereicht. Hier gilt es in Zukunft, die Arbeiter immer mehr auf die bestehenden Gefahren aufmerksam zu machen. Die Arbeiterschaft, vor allem in Elsaß-Lothringen, hat trotz der schönen Erfolge noch große Aufgaben zu erfüllen. Es gibt noch 4000 bis 5000 unorganisierte, aber organisationsfähige Maurer, alle verteilt auf kleinere Städte und das flache Land. Alle diese können nur organisiert werden, wenn jeder Kollege mithilt und seine volle Pflicht tut. Mit einem Appell an alle Kollegen, mitzuhelfen bei der Agitation, schloß Kollege W o i g t seine Ausführungen. — Den Massenbericht erstattete Kollege F r i e d r. e., worauf die Bauvereine Entlastung beantragten. — In der Diskussion wurde gewünscht, daß den Verhältnissen an der schweizerischen Grenze, vor allem auch in Basel, mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde. — Kollege W o i g t e. Meß besprach die Verhältnisse in Meß und dem lothringischen Industriegebiet und wünschte, daß dort ebenfalls die Agitation gefördert werde. Für Meß selbst erwartet er bestimmt, daß es dort vorwärts geht. Ebenso hoffnungsvoll sprachen sich die andern Diskussionsredner aus. Kollege W i e n e r b u r g, als Vertreter des Hauptvorstandes, betonte, daß die Kollegen in Basel und auch die aus dem Elsaß an der Grenze selbst Hand anlegen müssen, um dort gesunde Verhältnisse zu schaffen, dann werde es auch dort wieder vorwärts gehen. Im Lothringischen Industriegebiet werde sich die Bewegung auch entwickeln. Die Entwicklung der Industrie bringe es mit sich, daß sich immer mehr Maurer schafften machen. Dies sei dann die Grundlage für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Die Lohnbewegung 1910 habe uns einen großen Fortschritt gebracht. Nicht nur die Steigerung des Lohnes, sondern auch der Opfermut der Kollegen sei ein Beweis für die Kampffähigkeit unserer Kollegen und geben die Gewähr dafür, daß auch die Kämpfe der Zukunft mit demselben Opfermut geführt werden. — Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen W o i g t und nachdem dem gesamten Gauvorstand Entlastung erteilt war, wurde die Konferenz geschlossen.

Um 2½ Uhr traten die Delegierten des Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes zur ersten Gauleitung des Bauarbeiterverbandes zusammen. Kollege W o i g t gab eine historische Uebersicht über die Entwicklung des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes von der Föderationzeit an. Er erläuterte dann eingehend die Ursachen und die Notwendigkeit der Verschmelzung. Die Verschmelzung selbst bedeutete einen großen Fortschritt. Es sei notwendig, auch in Zukunft Maurer und Bauhilfsarbeiter Hand in Hand zu arbeiten. In Elsaß-Lothringen sei noch viel Agitationsarbeit zu verrichten. Diese könne aber erfolgreich nur geleistet werden, wenn jeder seine Pflicht tue. Mit der Auforderung an die Delegierten, mitzuhelfen an der Stärkung der Organisation, schloß er seine Ausführungen. — Nunmehr leitete die Konferenz zur Konstituierung des Gaus. Als besoldeter Beamter mit den Eise in Straßburg wurde Kollege W o i g t gewählt. Weiter wurden in den Gauvorstand von den Maurern die Kollegen F r i e d r. e., Krenner und Schmidt und von den Bauhilfsarbeitern die Kollegen Wittwoß, Wagner und Sprauer gewählt. Hierauf wurde beschlossen, den Zweigvereinen zu empfehlen, bei jeder Aufnahme einen Lokalausschlag von 50 3 und zum Beitrag einen Lokalausschlag von 10 3 pro Woche (im Sommer und Winter) zu erheben. Ueber: Die Aufgaben des Deutschen Bauarbeiterverbandes referierte Kollege W i e n e r b u r g. Er bezeichnete als den Hauptzweck der Verschmelzung die Vergrößerung der Stokkraft gegenüber dem Unternehmertum. Eingehend besprach er die letzte Ausperrung und betonte, daß die weiteren Kämpfe noch an Schärfe zunehmen würden. Schon das Jahr 1913 werde möglicherweise einen neuen Kampf bringen, zu dem schon heute gerüstet werden müsse. Die Unternehmer züchten ebenfalls und sind auch in der Lage, den nächsten Kampf schärfer zu führen. Es sei Aufgabe aller, die Mitglieder zum Opfermut zu erziehen. Wer auch

der politischen Bewegung müsse das Augenmerk mehr zugewandt werden. Auch hier werde der Kampf immer härter. Die Gegenstände seien immer mehr zu. Die Entscheidungskämpfe können nur mit guten Organisationen geführt werden. — Kollege Fischer forderte in seinem Schlusswort alle auf, das Gebot zu beherzigen. Er appellierte an die Maurer- und Bauführer, sich gemeinsam in den Dienst der Bewegung zu stellen. In Etas-Vorbringen ständen uns auch auf politischem Gebiete noch große Kämpfe bevor. Sorgen wir dafür, daß die Maurer- und Bauführer mit in erster Reihe stehen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen. Hoffen wir nun, daß die Maurer- und Bauführer Etas-Vorbringen den bezeichneten Weg beschreiten und die Organisation fähig zu ihrem eigenen Wohl und zum Wohl der gesamten Arbeiterklasse.

Frankfurt a. M. Am 20. November tagte im Gewerkschaftshaus die konstituierende Generalversammlung des Zweigvereins des neuen Deutschen Bauarbeiterverbandes. Am Vormittag tagten die Maurer- und Bauführer getrennt, um in beiden Versammlungen den Bericht vom dritten Quartal entgegenzunehmen. Auf der Tagung der Maurer waren vertreten: 1. Gewerkschaftsmitglied, 6 Ausschüßmitglieder, 84 Delegierte aus 80 Orten, 4 Vertreter der Spezialbranchen, je 1 Vertreter der Arbeitssorte Sanatur, Gemabung und Eisenbahn und 3 Revisionen. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen: Nach Abschluss der Lohnbewegung wurde überall versucht, den Dresdner Schiedsspruch durchzuführen und es kam deshalb in Langensfeld zur Arbeits-einstellung, die mit der Anerkennung des Tarifs endete. Im Schleierwerk in Offenbach wurde ein Ausgleichslohn herbeigeführt. In Friedberg war eine Differenz entstanden, weil die Arbeiter gezwungen waren, in Accord zu arbeiten, wobei der Ortsvertrauensmann entlassen wurde. In Neudamm ist ein Tarif mit 1/3 Lohn weniger als in Frankfurt vereinbart worden. Bei der Firma Battenberg war der Vertrauensmann entlassen worden, weil er gefordert hatte, daß der Tariflohn gezahlt werde. Es kam zur Arbeitseinstellung und die Firma Battenberg wurde in einer gemeinsamen Sitzung verpflichtet, den Kollegen wieder einzustellen und die Tariflöhne zu zahlen. Eine Differenz bei der Firma Wlatner wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Pfostenlager und bei Wibe und Seifrich wegen Nicht-einhaltung der Arbeitszeit wurde durch die Schlichtungs-kommission zu unserm Gunsten erledigt. — Aus dem Kasien-bericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen M 239 100,64, hierin sind M 194 546,53 Einnahmen und Ausgaben für die Bauarbeiterausperrung enthalten. Für die Lokalkasse betragen die Einnahmen mit Kasienbestand vom zweiten Quartal M 100 442,50, die Ausgaben M 11 993,63, bleibt ein Kasien-stand von M 88 448,87, wovon M 85 000 per Bank belegt sind. Die Mitgliederzahl betrug von 5896 auf 5906, also um 210. Auf Antrag der Revisionen, die alles in Ordnung be-funden hatten, wurde der Verkauf von Entlassungserlösen er-teilt. — In der Diskussion entspann sich eine längere Debatte über die Marken zum Mitarbeiterfonds. Als Ergebnis wurde ausgesprochen, daß alle politisch organisierten Kollegen die Marken an die Partei, alle übrigen an unsere Organisation zu zahlen haben. Ein Antrag, den Kollegen Ph. Heine aus Frankfurt a. M. zum Ehrenmitglied zu ernennen, wurde angenommen. Weiter wurde der Antrag, den Kollegen Heinrich Bauer aus Wiesbaden wegen schwerer Verfehlungen aus dem Verband auszuschließen, mit 90 gegen 4 Stim-men angenommen. Dann wurden Vorschläge für den Aus-schluß in den Bauarbeiterverband gemacht und die vom Vor-sitzenden und Zweigvereinsauschüß gemachten Vorschläge ohne Diskussion akzeptiert. Vorgeschlagen sind Wilhelm Schneider als erster Vorsitzender, K. Schneider als erster und Georg Zimmer als zweiter Kassierer, Adam Herrmann als Schriftführer, W. Goldader, J. Anshs und Aug. Pflies als Revisoren und Fr. Jöbs, Auch und K. Schneider als Revisoren. In der Nachmittags-sitzung waren 100 Vertreter der Maurer und 43 Vertreter der Bauführer anwesend; außerdem der Gauleiter Hempel. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch Kollegen W. Schneider, wurden W. Schneider und A. Heidemann als Vorsitzende und M. Herrmann und A. Klein als Schriftführer gewählt. Kol-lege W. Schneider referierte über den deutschen Bau-arbeiterverband und schilderte kurz die Gründe, die zur Ver-schmelzung führten. Er betonte besonders, daß die Notwendig-keit in der Bauweise, die Entwicklung der Zementbranche usw. wie auch das Crischen der Unternehmerverbände und die daraus resultierenden großen Bewegungen eine einheit-liche Organisation aller in der Baubranche beschäftigten Ar-beiter zur Notwendigkeit mache. Rechner erklärte dann die einzelnen für den Zusammenschluß getroffenen Be-stimmungen und gab der Stimmung Ausdruck, daß wir im neuen Verband noch größere Erfolge erzielen möchten als bisher; denn je größer die Organisation, desto härter der Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse; dies beweise zur Genüge die große Bewegung in der Metallbranche, wo alle Kunststoffe der Metallgewaltigen an der Stärke des Metallarbeiterverbandes abbrahen mußten, wodurch die angebotene Aussperrung nicht zur Durchführung kam. Hierauf ging er auf die Bestimmungen über die Wahl des neuen Zweigvereinsvorstandes ein und erklärte, man habe sich schon in Vorberedungen geeinigt, daß zehn Personen gewählt werden sollen, und zwar sieben Maurer und drei Bauführer. Es wurde beschloffen, zehn Personen in den Zweigvereinsauschüß zu wählen, und zwar fünf als Beamte und fünf im Beruf tätige Kollegen. Die Wahl des Ausschüßes ergab: Wilhelm Schneider (Maurer) erster Vorsitzender, Karl Heidemann (Bauführer) zweiter Vorsitzender, Karl Schneider (Maurer) erster Kassierer, Georg Zimmer (Maurer) zweiter Kassierer, Adam Herrmann (Maurer) Schriftführer, Wilhelm Schmitt (Bauführer) Stellvertreter, Wilhelm Goldader, Jakob Anshs, August Pflies (Maurer) und Jakob Martin (Bauführer) Revisoren, Fr. Jöbs, Auch und Karl Schneider (Maurer) und Aug. Klein (Bauführer) Revisoren. Kollege Zimmer befragt darauf das Zweigvereinsregulativ und führte aus, daß nur insonderheit Änderungen vorzu-nehmen seien, als gelehrte und ungelernete Arbeiter zu be-zurechnen wären. Ein Antrag der Zahlstelle Morfelden, die Wahl des Zweigvereinsvorstandes durch Abstimmung

vorzunehmen, wurde, weil mit dem Statut nicht vereinbar, abgelehnt. Das Regulativ wurde in der gedruckten Vorliege-nden Fassung angenommen. Ein Antrag des Bauortverbandes und Zweigvereinsauschüßes M 2500 für die Erweiterung der Bibliothek zur Verfügung zu stellen, um sogenannte Wanderbibliotheken einzurichten, die den Zahlstellen teil-weise überlassen werden können, wurde nach kurzer Dis-kussion angenommen. Ferner wurden die zur Einrichtung des neuen Dypens notwendigen Mittel bewilligt. Ein Antrag Offenbach, einen Beamten nach Sanatur oder Offen-bach zu setzen, fand nicht die notwendige Unterstützung und konnte deshalb nicht zur Beratung kommen. — Nach einem warmen Appell zum gegenwärtigen Erfolg der Kollege Heidemann mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband die Versammlung.

Fulda. (An die in die Heimat reisen- den Kollegen.) Der Zeiten Kreislauf ist wieder ein-mal da angelangt, wo die fern von der Familie und der Heimat uns tägliche Brot ringenden Hauptproletarier auf einige Wochen zum häuslichen Herd zurückkehren. Die agrarischen Gebirgsgebiete der Rhön und des Vogels-gebirges, die Kreise Schlichtingen, Gersfeld, Hünfeld, Fulda, Lauterbach, Alsfeld, Schöten sowie die angrenzenden bayrischen, hessischen und weimarischen Teile soweit ihr nächster größerer Ort Fulda ist, finden alljährlich minde-stens 5000 bis 6000 Bauarbeiter ins rheinisch-westfälische Industriegebiet. Davon dürfte heute der größte Teil organisiert sein, und zwar in den rein katholischen Gegen-den überwiegend „christlich“. Wie jedoch die Aussperrung in diesem Jahre bemerkt hat, haben fast allerorts mehr oder minder vereinzelt auch Kollegen von uns dagewesen. Gerade an Jahre möchte ich im gegenwärtigen Moment wieder die dringende Bitte richten, die während der großen Aussperrung angeknüpften Organisationsfäden wieder auf-zunehmen. Hat sich doch erwiesen, daß der einzelne hier unter den zahlreichen und verschiedenartigen Gegnern keinen leichten Stand hat, daß er in der Regel meistens mit wachem Selbstmut für seine Organisation und Ueberzeugung kämpfen muß. Nicht jeder hat natürlich die nötige Mädel- und Charakterstärke, den Quälereien der Gegner Stand zu halten. Durch diese Umstände ist es unserer Bewegung noch nicht gelungen, hier, wie in den meisten andern Gegenden Deutschlands, den nötigen Ein-fluß zu gewinnen. Viele erliegen dem Druck der Ver-hältnisse. Immer wieder möchte man hier die Erfahrung, daß sich gerade die Elemente gegen uns herortun, die das liebe lange Jahr auf ihrer Gemüthsreise das Ge-heimnis der Terrorismus der „toten Brider“ der „Freiheits-felder“ usw. heruntergeschleppt. Der hier zu Lande noch allmächtige Seilzöger, der hochwürdigste Herr Parzer, wird von dem vorhandenen „räubigen Schaf“ oder den Schafen in Kenntnis gesetzt, und dann beginnt das Kessel-treiben auf den Unglückseligen, auf den vom „Teufel Beisessenen“. Sehr viel wäre über dieses traurige Kapitel noch zu sagen; unsere Aufgabe und Gewohnheit ist es, jedoch noch nie gewesen und wird es auch immer sein, zu klagen und zu lamentieren, sondern unsere Aufgabe ist es, zu kämpfen; natürlich nicht kämpfen im Feigabesinn, wie das hier unter dem Einfluß des Jufels, trotz der großen Frömmigkeit der Bevölkerung nicht selten geschieht, sondern kämpfen im höheren Sinne für das Wohl der Arbeiterklasse. Es steht fest, daß es heute mit uns lange nicht mehr so schlimm getrieben wird und getrieben werden kann wie in früheren Jahren. Die steigende Not und Verarmung der erwerbstätigen Volksschichten durch die fortwährende Lebensmittelperteuerung zerreißt nach und nach das Längengewebe, das man über die „Roten“ aus-gebreitet hat. Die gewaltigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in der letzten Zeit, zwischen dem zentralisierten schachmacherischen Unternehmertum und der in ver-schiedene Richtungen zerplatzerten Arbeiterklasse, liefern uns die Waffen, um unsern „feindlichen Brüdern“, soweit sie Vernunftgründen zugänglich sind, das proletarische Zu-sammengehörigkeitsgefühl vor Augen zu führen. Und dies muß im Laufe der Wintermonate unsere vornehmste ge-meinsame Aufgabe sein. Vergessen wir auch in der Heimat nicht, daß wir organisierte Arbeiter und freie Gewerks-chafter sind. Machen wir auch hier kein Hehl aus unserer Ueberzeugung und sprechen wir nicht doch zurück-rückhaltlos unsere Meinung zu sagen. Männerstolz vor-schwarzen Kutten und Mannesmut vor Weiberzügen — wo dies nötig ist! Benutzen wir den Winter dazu, den richtigen Vorrat ins Haus zu schaffen, gute Wänder zu lesen, um unser Wissen zu bereichern; denn: „Wissen ist Macht“. Mögen die nahe wohnenden Verbandskollegen sich einander öfter aussuchen und sich darum kümmern, daß jeder seine Pflichten erfüllt gegenüber der Organi-sation! Neue Anhänger und Mitglieder können und müssen gewonnen werden. Vor allem ist es notwendig, daß sich die in die Heimat zurückkehrenden Kollegen sofort bei ihrer Zweigvereins- und Zahlstellenleitung anmelden und dafür sorgen, daß sie den „Grundstein“ zugestellt erhalten. Die Fühlung mit der Zeitung wegen Beschwerden und Ver-ammungen muß stetig sein. Die Zweigvereinsleitungen in Rheinland-Westfalen bitten wir, die abreisenden Kol-legen in diesem Sinne anzuweisen. Wenn dies geschieht, kann es der Organisation nur von Vorteil sein. In der Winterzeit gingen uns bis jetzt in der Heimat schon sehr viele Mitglieder verloren. Das darf nicht wieder vor-kommen. — Die Anmeldungen und „Grundstein“-Bestellun-gen bitte ich dem 15. Dezember an an den Kollegen E. M. Müller, Kahlberg-Neuhof, zu richten, da ich von da an Wohnung in Frankfurt nehme.

M. Schmitt.
Salle a. d. S. Am 16. November tagten im großen Saale des „Volkspark“ die hiesigen Zweigvereine der Maurer- und Bauführer in gemeinsamer Versammlung, um die Konstituierung der örtlichen Verwaltung vorzu-nehmen. Ueber die Bedeutung der Versammlung referierte Kollege Dege. Er führte aus, die Notwendigkeit der Ver-schmelzung sei schon in früheren Jahren erkannt worden. Die Entwicklung der Verhältnisse zeigte sie aber immer deutlicher. Betrachte man doch die Unternehmer, wie sie aufs eifrigste bestrebt seien, alle nur annähernd bewand-ten Berufsgruppen in einem Verbande zu vereinigen, um dadurch die Arbeiterorganisationen niederzuzubehalten! Ein Beispiel biete die diesjährige Aussperrung, bei der die

Unternehmer mit den stärksten Mitteln kämpfen, um den Arbeitern ihre Erlaubnisse aufzuzwingen. In neuester Zeit versuchen die Unternehmer sogar, die Regie-rung dafür zu machen, damit sie Erhebungsgebühren zur Wiedererrichtung der Arbeiterorganisationen vorlege. Gegen ein beträchtliches Schmarhumertum könne nur eine bereinete Macht siegreich ankämpfen. „Nur Einigkeit und Ge-schlossenheit macht stark.“ — Bei der Wahl des Vorstandes kam es zu einer lebhaften Debatte über die Beibehaltung der beiden Lokalbeamten. Kollege Kautzer stellte den An-trag, aus Sparmaßsichtigkeiten nur einen Lokalbeamten zu behalten, da sich doch überhaupt die Arbeiter durch die Verschmelzung im gewissen Sinne vereinfachen würden. Demgegenüber wurde von mehreren Kollegen angeführt, daß die Arbeiter auf dem Gebiete der Agitation ganz be-deutend gefördert würden, speziell bei der Kategorie der Bauführer und bei den im Beton- und Eisenbau be-schäftigten Arbeitern, die heute der Organisation zum größten Teil noch fernstehen. In dieser Beziehung konnte bisher von dem Beamten der Bauführer wegen Ueber-laufung mit Arbeitern leider nichts unternommen werden. Bezüglich der Sparmaßsichtigkeit zu bemerken, daß mit Geld allein keine Kämpfe geführt werden könnten, dazu gehöre auch vor allen Dingen eine geistig gebildete und gut diszi-plinierte Arbeiterklasse. Dahin zu wirken, sei auch die Aufgabe der Lokalbeamten. — Der Antrag wurde fast-lächlich mit großer Majorität abgelehnt. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Erster Vorsitzender Carl Dege, zweiter Vorsitzender Willy Müller, erster Kassierer Hermann Meyer, zweiter Kassierer Aug. Hoffmann, Schriftführer Franz Peters, Revisoren: Otto Schwarz, Wilm, Stolle.

Samburg. Von unserm Zweigvereinsvorstand wird uns geschrieben: Eine recht wichtige und sehr gut besuchte Versammlung der Maurer- und Bauführer fand am 3. Novem-ber im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Zur Beratung und Beschlußfassung stand die Schaffung eines neuen Regulativs resp. Ortsstatuts, Wahl des Vorstandes und der Revisoren, Festlegung der Ge-halte für die Beamten und die Anstellungsbedingungen für die neu eingeführten Hauskassierer. Diese große Tages-ordnung wurde in kaum zwei Stunden erledigt. Die Dis-kussion war äußerst sachlich, ein Beweis dafür, daß die Kollegenschaft für die Verschmelzung reif ist. Mancher der glaubte, die Gemüter würden in dieser Versammlung aufeinanderprallen, ist angenehm enttäuscht worden. Eine gemeinsame Kommission hatte die Vorarbeiten gemacht; ihre Vorschläge wurden von der Versammlung akzeptiert. Wenn sich der Zusammenschluß in allen Zweigvereinen in dieser Weise erledigt, dann ist sicherlich auch ein gutes Einber-nehmen in der Zukunft möglich und damit der Weg der Verschmelzung erledigt. Zum ersten Punkt wies Kollege Hartwig auf die Bedeutung der Verschmelzung hin. Gerade die Stärke und die Macht des einheitlich organisierten Unternehmertums habe uns den Fingerzeig zur Einheits-organisation gegeben. Bedauerlich sei die beherrschende Ueber-zeugung gegen den Einheitsgedanken seitens einiger bau-gewerkschaftlicher Kreise. Doch auch hier würden mit der Zeit die Verhältnisse zwingend eingreifen. Innerhalb der Organisation dürfe es fernerhin einen Unterschied zwischen gelehrten und ungelerneten Arbeitern nicht mehr geben, son-dern nur Kollegen, denen die Vertretung gemeinsamer Interessen als leuchtendes Ideal stets vor Augen stehen muß. Sollten wirklich hier und dort Zwischigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten aufkommen, so ist in solchen Fällen dringend auf verständlichen Ausgleich hinzuwirken. Von gemeinsamer Verständigung wünsche er auch die fünf-tigen Verhandlungen getragen. Einem Vorschlag Hartwigs entsprechend, folgte nunmehr die Wahl des neuen Vor-standes und der Revisoren. Die Vorschlagskommission empfahl folgende Kollegen zur Wahl: erster Vorsitzender Fr. Hartwig (Maurer), zweiter Vorsitzender E. Hoffmeier (Bauführer), erster Kassierer W. Garmes (Maurer), zweiter Kassierer D. Schimpf (Bauführer), erster Schriftführer S. Gelbe (Maurer), zweiter Schriftführer S. Roth (Bauführer), Revisoren: W. Schumann (Maurer), A. Wöigt (Maurer), S. Nien (Maurer), C. Schmidt-Altona (Maurer), A. Bruns (Bauführer). Gegen die fünf zuerst aufgeführten Kollegen, die als anzustellende Be-amte zu wählen waren, wurden keinerlei Einwendungen er-hoben, doch ersuchte Klummed (Maurer), zu der Wahl der Revisoren eventuell weitere Vorschläge zu machen. Jen (Maurer) sprach dagegen, weitere Vorschläge erfolgten dann auch nicht. Bei der Wahl wurden die fünf anzustellenden Beamten sowie der zweite Schriftführer einstimmig, die übrigen Revisoren gegen wenige Stimmen gewählt. Gleich-falls werden die vorgeschlagenen bisherigen Revisoren E. Krufe (Bauführer), S. Mohr und F. Gihner (Maurer) gegen eine Stimme gewählt. — Das neue Re-gulativ weist durch die Gliederung des Zweigvereins in Bezirke und Sektionen einige Neuerungen auf, schließt sich jedoch in den übrigen Bestimmungen dem bisher gültigen Regulativ fast im Wortlaut an; es wurde in der Gesamt-abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen. Zur Be-zirks- und Sektionsenteilung des Zweigvereins teilte Hart-wig mit, daß diese sich auf 18 Bezirke und neun Sektionen erstrecken wird, deren Obmänner und Leiter nach den Uebergangsbestimmungen von beiden Organisationen pro-zentual gestellt werden müssen. Die Obmannschaften beider Organisationen schlagen diesbezüglich vor: Zur fünf-tigen Bezirksfestlegung werden seitens der Maurer elf, seitens der Bauführer sieben Bezirksleiter gestellt. Zu Sektions-leitern werden von den Maurern fünf, von den Bau-arbeitern vier Leiter ernannt. Die Maurer stellen die Ob-leute für die Bezirke Altona, Einsbüttel, Silber-Hohen-felde, Eppendorf-Winterhude, Neustadt-St. Pauli, Camm-horn-Borgfelde, Notenburgsort-Debel, Hlbenhorst-Langen-horst-Fußbüttel, Nienstedten, Wilhelmshöhe, die Bauführer für Stellingen-Langenfelde, Hammer-brool und Wandsbeck. Die Sektionsleiter stellen die Maurer für die Sektionen der Maurer, Plattenmacher, Betonarbeiter, Isolierer und Kunstfeinarbeiter, die Bau-arbeiter für die Sektionen der Steinträger, Gipsbrände, Erd- und Abbrucharbeiter und Pfostenmacher. Die Vor-schläge gelangten zur fast einstimmigen Annahme. Zu den Anstellungsbedingungen der Hauskassierer wird vorge-schlagen, daß ein Kassierer bei einem Grundgehalt von M 1920 jährlich nebst 2 Pft. der berechneten Beiträge

anzustellen sind. Zu den von den Bauarbeitern bisher aufgestellten fünf Kassierern werden die Maurer sechs Kassierer hinzuzuwählen. Zu den nunmehr zur Diskussion stehenden Anstellungsbedingungen der Beamten des Zweigvereins wurde nach näherem Aufschluß über deren künftige Tätigkeit beschlossen, die Gesalte der Zweigvereinsämtern den auf dem Leipziger Verbandstag festgelegten Gehaltsätzen der ständig auf dem Zentralbureau beschäftigten Hilfsarbeiter gleichzustellen. Ferner wird dem ersten Kassierer ein Monatslohn von 80 pro Quartal gewährt, während ein für die in der Überführung tätigen Kollegen vorgezogenes Monatslohn von 115 pro Quartal abgelehnt wird. Nach Erlebigung weiterer Entschädigungsätze für die Erkundungen, Revisionen und die Schriftführer war dieser Teil der Tagesordnung erschöpft. Das Regulativ nebst den in agitatorischer Hinsicht wichtigen Anweisungen für die Bauvereiner und Vertrauensmänner der Organisation soll in Druck gegeben und den Mitgliedern ausgelegt werden. Ferner gab Hartwig bekannt, die paritätische Tarifkommission habe, veranlaßt durch die ungünstigen Verhältnisse, die Arbeitszeit im gesamten Baugewerbe für den Monat November von 7 1/2 Uhr bis 4 1/2 Uhr festgelegt; die Pausen bleiben dieselben. Nach einem freudigen Schlußwort Hülfmeiers wurde die wichtige Veranlassung mit einem begeisterten Aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband geschlossen.

Stamm. Am 19. November tagte im Lokale des Herrn Braun die leitende Verwaltung der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Nach kurzer Einleitung durch den Kollegen Buchholz kam man zur Wahl des gemeinsamen Vorstandes. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Gustaf Buchholz (Maurer) fast einstimmig gewählt. Eine rege Debatte entspann sich vor der Wahl des ersten Kassierers. Vorgehoben wurden die Kollegen W. Grote (Kassierer) und P. Metzger (Bauhilfsarbeiter). Gewählt wurde P. Metzger mit 66 gegen 16 Stimmen. Weiter wurden in den Vorstand gewählt die Kollegen W. Weber (Bauhilfsarbeiter) als zweiter Vorsitzender, G. Rastke (Maurer) als zweiter Kassierer und R. Meyer (Maurer) als Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen R. Schulz, G. Wehe und P. Deißig. Die Wahlen der Hilfskassierer mußten bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden, damit erst die Einteilung der Bezirke vor sich gehen kann. Kollege Buchholz forderte die anwesenden Kollegen auf, die Zeit bis zum Zusammenbruch beider Verbände noch kräftig zur Agitation auszunutzen und sich nicht durch gegenseitige Reibereien zu schaden. Damit erfolgte Schluß der Versammlung.

München. Eine Hoffnung unserer Gegner ist wieder einmal zu schanden geworden. Wiederholt hatten sie in unverbämter Weise ausgesprochen, daß in der am 20. November stattfindenden ersten gemeinsamen Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter etwa bestehende Differenzen spontan zum Ausbruch kommen würden. Sie haben eine bittere, für uns aber sehr erfreuliche, Enttäuschung erlebt. Der musterghütige Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Bauarbeiterschaft Münchens soweit gespalten ist, um sich über kleinliche Eigeninteressen hinwegzusetzen, dafür aber das allgemeine Interesse der Bauarbeiterschaft desto energischer zu wahren und zu verteidigen. Die Versammlung war gut besucht; der große „Mündner Rind“aal war gefüllt. Auf Wunsch der beiden Zweigvereinsleitungen führten den Vorsitz die Kollegen Carl und Mädelmann. Kollege Carl hielt ein kurzes Referat über die Bedeutung der Verschmelzung beider Verbände und ermahnte in eindringlichen Worten, dafür zu sorgen, daß die Verschmelzung nicht rein äußerlich bleibe, sondern daß in Zukunft das Gefühl der Brüderlichkeit und Solidarität zwischen den beiden Berufen walde, das auch in Zukunft das Ziel unseres Strebens sein und bleiben müsse. Reicher Beifall lohnte den Redner. Kollege Carl stellte den Antrag, über die in den Vertrauensmännerversammlungen aufgestellte Vorschlagsliste bezüglich der Zweigvereinsleitung en bloc abstimmen zu lassen, welcher Antrag auch einstimmig angenommen wurde. Auch die Vorschlagsliste wurde von den Anwesenden einmütig akzeptiert; so vorstehend die Kollegen F. Schäfer und G. Dohler, als Kassierer W. Metzger und P. Maier, als Bureauarbeiter K. Bögl, als Schriftführer H. Stadler, als Beisitzer Kollege Friß. Auch die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftsrat, zur Bauarbeiter-Versammlung sowie zur Beschwerdeforschungsmission gingen glatt vor sich. Zum Schluß wies Kollege Mädelmann auf die bevorstehende Gewerbevereinswahl hin und ermahnte die Kollegen, auch in der Parteibewegung ihre Pflicht zu tun. Dann schloß er unter lauten Beifall der Anwesenden die musterghütige verlaufene Versammlung. Das donnernde Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband, auf die Einigkeit und Brüderlichkeit der deutschen Bauarbeiter aber wird den Mündner Unternehmern noch lange in den Ohren klingen.

Ulm. Am 19. November fand hier eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter statt. Kollege Raß legte in seinem Referat: „Wirtschaftliche Umwälzungen und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen“ den anwesenden Kollegen vortrefflich dar, wie notwendig der Zusammenschluß aller Bauarbeiterorganisationen zu einem einheitlichen Verbande ist. Durch den reichen Beifall, den die Kollegen dem Referenten spendeten, wurde bewiesen, daß dieser den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion vertrat die Kollegen, nicht zu reden, und zu rufen, bis der letzte Maurer und Bauhilfsarbeiter dem Bauarbeiterverbande zugeführt ist. In den neuen Vorstand wurden dann folgende Kollegen gewählt: Als erster Vorsitzender Fritz Bachmann, als zweiter Vorsitzender Adam Gerber, als erster Kassierer Karl Klaus, als zweiter Kassierer Andreas Engelke, als Schriftführer Adolf Weder und als Revisoren Fritz Marotitz, Johann Schmitz und August Gensel. Mit einem Hoch auf den neuen Bauarbeiterverband, wurde dann die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Gliesenleger.

Cassel. Wir erhalten folgende Verichtigung:

- In Nr. 45 Ihrer Zeitung haben Sie unter der Ueberschrift „Gliesenleger“ einen gegen mich gerichteten Artikel veröffentlicht, der in mehrfacher Beziehung der Wahrheit nicht entspricht. Ich erlaube Sie deshalb, unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes folgende tatsächliche Verichtigung in Ihrer Zeitung zu bringen:
1. Es ist un wahr, daß die Gliesenleger von mir in irgendeiner Beziehung getauft worden sind.
 2. Es ist un wahr, daß die von auswärts genommenen Arbeiter 60 bis 70 1/2 die Stunde erhalten. Sie erhalten sämtlich 70 1/2.
 3. Es ist un wahr, daß ich von den Gliesenlegern verlangt habe, daß sie in einer Woche 80 bis 40 qm Wandplatten ansetzen.
 4. Es ist un wahr, daß die Arbeit nur 8 bis 14 Tage dauert. Tächtige Arbeiter finden lange dauernde Beschäftigung.
 5. Es ist un wahr, daß 6 bis 7 qm Wandplatten täglich von einem Arbeiter gesetzt werden und daß ich für das Quadratmeter M. 2,70 bekomme.
 6. Es ist un wahr, daß ich unentgeltlich Arbeit verlangt habe.

Achtungsvoll

Jul. Noltes, Gliesenlegeschäft, Cassel.

Plauen. Wenn man sich heute in Deutschland einmal die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gliesenleger ansieht, so findet man mit wenigen Ausnahmen, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren teilweise recht erheblich gebessert hatten. Möglich war dies allerdings auch hier nur durch eine vorzügliche Organisation. In der Großstadt Plauen, wo jähraus jährlich ebenfalls eine ganze Menge Gliesenleger beschäftigt werden, war allerdings von einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts zu merken. Waren die hiesigen Firmen einmal gezwungen, auswärtige Arbeiter zu beschäftigen, so war es gang und gäbe, daß mit diesen Leuten besondere Vereinbarungen getroffen wurden, daß diese Leute in den meisten Fällen nach dem Dresdener Tarif bezahlt wurden. Alle Wünsche der hiesigen Leute, doch auch einmal für Plauen einen anderen Tarif einzuführen, wurden von den Unternehmern fast zurückgewiesen, ja, es kam sogar nicht selten vor, daß man den Leuten einfach erklärte, wenn es nicht paßt, der kann gehen, man erhalte von auswärts, sobald Arbeiter aus man wolle. Die Schuld an diesem Verhältnisse lag allerdings an den Arbeitern selbst. Zwar waren diese Leute organisiert, aber die Unternehmer wußten, daß sie die Organisation nicht zu stützen brauchen, gehörten doch diese Arbeiter nicht dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, sondern der „Freien Vereinigung“ an. Wie es in den Versammlungen dieser Leute zugeht, darüber wollen wir heute nichts schreiben, gesagt soll nur sein, daß man dort überhaupt nicht mehr wußte, was „gehoben oder gestodert“ war. Eines der Mitglieder erklärte uns, daß man überhaupt nicht mehr wisse, wer eigentlich Mitglied sei; jeder einzelne dachte sich zum Kassierer Marx einfließen, ans Begehren dachte aber niemand. Wir kennen heute noch eine Anzahl früherer Mitglieder, die ihre Parteimarken, obwohl sie diese schon sehr lange schuldig sind, nicht bezahlet haben, und die glauben, daß man dem unbecommenen Mahnen am besten aus dem Wege gehen könne, wenn man Plauen den Rücken kehre. Daß unter solchen Umständen die Unternehmer mit den Leuten leichtes Spiel hatten, dürfte jedem Arbeiter einleuchten. Den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ war es nun in den letzten Jahren auch gelungen, mit einigen Firmen, darunter die Firma Gomuth, einen sogenannten Tarif abzuschließen. Um unsern Kollegen zu zeigen, wie dieses Muster von Tarif aussieht, wollen wir den zuletzt gültigen hier vollständig zum Abdruck bringen:

1. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10, im Winter 9 1/2 Stunden. — § 2. Für Arbeiter, die nicht im Accord gemacht werden können, werden 60 1/2 Stundenlohn bezahlt. — § 3. Räumigung ist für beide Teile ausgeschlossen. — § 4. Jeder Leger hat die nötigen Arbeitsgeräte, einschließlich Besen, selbst zu beschaffen. Er hat die fertiggestellte Arbeit zu übergeben und sich dabei durch den Bauherrn oder Architekten als gut und ladellos bestätigen zu lassen. Schläge und nicht befähigte Arbeit wird nicht bezahlt. — § 5. Für auswärtige Arbeiter, die außerhalb des Stadtbezirks Plauen gemacht werden, wird Fahrgehalt hierfür M. 1, und für Uebernahmen weiter M. 1 vergütet. — § 6. Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh, Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen und Sonntagsarbeit, sind in besonderen Fällen auf Wunsch des Arbeitgebers zu leisten und werden mit 50 pzt. des Stundenlohnes als Zuschlag bezahlt. Ueberstunden, Nacht- oder Sonntagsarbeit sind nur auf besondere Anweisung der Firma zu leisten. Voronkommende Tagelohnstunden müssen vom Bauherrn befristet werden, sonst erfolgt keine Vergütung hierfür. — § 7. Der Leger ist verpflichtet, die Arbeiten sauber und sachgemäß auszuführen; nicht ordnungsgemäß ausgeführte Arbeiten werden auf seine Kosten unter Berechnung des Platten- und Mörtelmaterials fertig gemacht, ebenso unvollendete Akkordarbeiten unter Anrechnung des Differenzlohnes. — § 8. Während der Ausführung der Arbeiten dürfen Platten unter keinen Umständen im Bau herumliegen. Bei auswärtigen Arbeiten sind die übriggebliebenen Platten genau zu zählen, in Kisten zu verpacken und auf Kosten der Firma an diese zurück zu senden, wenn vorher nicht andere Anordnungen getroffen worden sind. — § 9. Die Platten werden dem Leger in das betreffende Stadtwerk zur Verfügung gestellt, und erfolgt weiter keine Beihilfe. — § 10. Vor Beginn der Arbeit hat der Leger sich von der vorchriftsmäßigen Beschaffenheit des Untergrundes und der Wandflächen zu überzeugen. Sind diese nicht ordnungsgemäß, oder kann der Belag nicht nach der gegebenen Zeichnung ausgeführt werden, oder verlangt der Bauherr oder Architekt eine Veränderung, so hat der Leger dies der Firma sofort zu melden und diese bestimmt dann das weitere. — § 11. Die Lohnzahlung erfolgt nach rechtzeitig eingehenden respektive abgegebenen Rapporten am Sonntagabend nach

Feiertagen für die Woche vom Sonntag früh bis Freitag abend. — § 12. Vorstehende Abmachungen gelten bis 31. Dezember 1913; was beide Teile anerkennen.“

Aus dem vorstehenden werden die Kollegen ersehen, daß die Firma wohl verstanden hat, den Arbeiter Pflichten aber keine Rechte zuzubilligen. Wir wollen nur darauf verweisen, daß auch nicht mit einem Wort von der Abschreibung der Akkordarbeiten die Rede ist, wozu wäre diese auch nötig, haben doch die Arbeiter die letzten Jahre in dem alten Schlandrian gearbeitet und waren dabei zufrieden, warum sollte es nun auf einmal anders sein? Von einigen Leuten, die heute noch bei der Firma arbeiten, ist uns erklärt worden (und wir haben dies erst in der letzten Tagen wieder gesehen), daß die Firma eine fertiggestellte Arbeit überhaupt nicht verrechnet, sondern einfach die eine Arbeit mit der anderen verrechnet, wobei der Arbeiter stets der Gemeinere ist. Nehmen wir einmal an, ein Leger hätte bei einem Stück Arbeit etwas verdient, dann erhält er nicht etwa den Ueberschuss herausgezahlt, sondern die Firma schreibt diesen gut; hat er nun ein anderes Stück Arbeit, und er kommt hierbei nicht ganz auf seinen Lohn, dann wird der Ueberschuss von der ersten Arbeit zur Bedung des Defizits verwendet. Ein weiterer Trick, der ebenfalls sehr oft zur Anwendung gebracht wurde, besteht darin, daß die Firma, wenn beispielsweise zwei Arbeiter bei einem Stück Arbeit sind, ganz einfach einen von ihnen wegnimmt und einen andern an seine Arbeit stellt, ohne, wie es notwendig wäre, die Arbeit auszumessen. Dadurch hat die Firma den Vorteil, daß beide Arbeiter kein richtiges Bild über die von ihnen geleistete Arbeit haben und ihres eventuellen Ueberschusses verlustig gehen. Aber auch die Preise, die die Firma mit ihren Legeern vereinbart hatte, sind wert, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden, weshalb wir auch sie vollständig zum Abdruck bringen.

200-300 Zement- oder Terrazzoplatten	Quadr. M.	—,70
230/125/40/65 Klinkerplatten	"	"
200/200/35/50 "	"	—,65
150/150/35/55 "	"	"
Klinkerbord auf Rolle	lfd. Meter	—,30
Mosaik- oder Tonplatten.		
150-170 Viereck, glatt, gerabt oder römisch	Quadr. M.	—,75
150-170 Viereck, glatt, gerabt, ober römisch, mit Einlage	"	—,80
150-170 Sechseck, glatt, gerabt oder römisch	"	—,80
100/100 Sechseck, glatt, gerabt oder römisch	"	—,90
160-170 Achteck, glatt, gerabt oder römisch, mit Einlage	"	—,80
140-150 Achteck, glatt, gerabt oder römisch, mit Einlage	"	—,85
Trötkerplatten, jede Größe, rhein. Meißlacher, Marienberger, Zahner ufm...	"	—,75
Mosaiksteinchen, 10:5:5, einsch. Abbrammen	"	—,75
Sockelplatten (eine Platte hoch) mit oder ohne Kefle	lfd. Meter	—,35
Wandfliesen, Viereck oder Achteck, einschließlich innerer und äußerer Ecken, Friese, Streifen, Einsteifen und Sockel mit Ausfugen und Abputzen	Quadr. M.	3,-
Verblender, 7:12 cm, mit oder ohne Vase, einsch. Ecken und Sins, mit Ausfugen	"	3,-
Verblender, zweiseitig glasiert, mit Einlegen der erforderlichen Einsteile, einschließlich aller Innen- und Außenenden und Formsteine mit Ausfugen, einseitig gemessen	"	4,50
Gewölbe und Bogen 25 pzt. Zuschlag auf obige Preise.		
Wandbeläge unter 1 qm oder Fußboden weniger als 3 qm als Einzelarbeiten, werden im Stundenlohn ausgeführt.		
Größere Arbeiten und sonst. nicht angeführte nach besonderer Vereinbarung.		

Diesen Preisen ein Wort der Kritik zuzufügen, hieße den ganzen Eindruck verwischen. — Im letzten halben Jahre hatten nun auch einige auswärtige Firmen hier Arbeiter erhalten, die aber ihre Route nach dem Dresdener Tarif entlohnten. Außerdem war es uns auch gelungen, einige bei uns organisierte Kollegen bei der Firma Gomuth hineinzuschleusen. In einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen nun die Kollegen, der Firma Gomuth eine neue Lohnforderung zu unterbreiten. Sie glaubten zu diesem Vorgehen um so mehr berechtigt zu sein, da mit unserm Verband ein Tarif nicht bestand, andererseits aber die Gefahr vorlag, daß auch die Dresdner Firmen bald dem Beispiel Gomuths folgen und nur noch den Plauerer Lohn bezahlen würde. Wenn man nun geglaubt hatte, die Firma Gomuth würde die berechtigten Wünsche der Arbeiter prüfen, dann hatte man sich sehr geirrt. Wohl wollte die Firma bei einzelnen Positionen 5 1/2 zuliegen, dafür aber verlangte sie von den Leuten, daß sie zunächst auch bei der Konkurrenz versuchen müßten, höhere Löhne zu erreichen. Bemerkenswert hier, daß die Verhältnisse bei den andern Plauerer Firmen schon jetzt wesentlich günstiger sind. Weiter aber wollte die Firma eine neue Arbeitsordnung einführen, die wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen, zeigt sie doch recht deutlich, welche Meinung dieser Unternehmer von seinen Arbeitern hat.

1. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer zehn, im Winter neun Stunden. Zusatzstunden oder unentgeltliches Verfrümen der Arbeit wird befristet. Lohnstundenmäßig sofort festgelegt und Sonntagabends vom Lohn gestrichelt. Die Beträge werden aufgeführt und zur Einsicht freigestellt. Diese dienen zur Unterfertigung der Legeer; ihre Verwendung angunsten der Legeer bestimmt der Arbeitgeber. — § 2. Für Arbeiter, die nicht im Accord gemacht werden, werden 50 1/2 Stundenlohn bezahlt. — § 3. Räumigung ist für beide Teile ausgeschlossen, angefangene Akkordarbeit muß jedoch fertiggestellt werden. — § 4. Jeder Leger hat die nötigen Arbeitsgeräte und Werkzeuge, einschließlich Besen, selbst zu beschaffen. Er ist verpflichtet, die Arbeiten sauber und sachgemäß auszuführen; nicht ordnungsgemäß ausgeführte Arbeiten werden auf seine Kosten unter Anrechnung der noch erforderlichen Löhne und des notwendigen Platten- und Mörtelmaterials fertig gemacht, ebenso unvollendete Akkordarbeit unter Anrechnung des etwaigen Defizitlohnes. Er hat die fertiggestellten Arbeiten zu übergeben und sich

dies durch den Bauherrn oder Bauleiter als gut und tauglich bestätigen zu lassen. Schlechte und nicht beständige Arbeit wird erst nach ordnungsmäßiger Fertigstellung und Abnahme abgerechnet. — § 5. Für Arbeiten, die außerhalb des Stadtbezirks gemacht werden, wird Fahrlohn vierter Klasse, die Reisezeit 50.-s pro Stunde, sowie pro Arbeitstag M 1 und für Liebernachten weiter M 1 vergütet. — § 6. Nacharbeiten, von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh, Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen und Sonntagsarbeit ist nur in besonderen Fällen auf Wunsch der Firma zu leisten. Vorzuziehende Tagelohnstunden müssen vom Bauherrn oder Bauleiter bestätigt werden, sonst erfolgt keine Vergütung. — § 7. Während der Ausführung der Arbeiten hat der Leger die Verantwortung über die ihm zugeteilten Platten. Bei allen Arbeiten sind die übriggebliebenen Platten genau zu zählen, bei auswärtigen Arbeiten in Kisten zu verpacken und auf Kosten der Firma an diese zurückzuführen, wenn vorher nichts anderes bestimmt wurde. — § 8. Die Platten werden dem Leger in das betreffende Stockwerk zur Verfügung gestellt; weiter erfolgt keine Beihilfe. Vor Beginn der Arbeit hat sich der Leger von der ordnungsmäßigen Beschaffenheit des Untergrundes und der Wandflächen zu überzeugen. Sind diese nicht ordnungsgemäß, oder falls der Belag nicht nach der zugegebenen Zeichnung ausgeführt werden, oder verlangt der Bauherr oder Architekt eine Veränderung, so hat der Leger dies der Firma sofort zu melden, diese bestimmt dann das weitere. Eigenmächtige Veränderungen der Beläge dürfen nicht stattfinden, sonst trägt die eventuellen Kosten der Leger.

Die andern Paragraphen des alten Arbeitsordnungs. Als den Arbeitern der Firma dieses Monstrum von Arbeitsordnung zugefertigt wurde, wurde es ihnen denn doch zu-bunt und sie beschloßen, nicht eher mit der Arbeit zu beginnen, als Gomuth über den neuen Tarif mit ihnen Vereinbarungen getroffen hätte. Sie legten denn auch bis auf zwei Mann die Arbeit nieder. Dies schien Gomuth nicht erwartet zu haben. Sofort wandte er sich nach Dresden und erwirkte um Zustimmung von Leuten, jedoch ohne Erfolg; denn auch die Streikenden hatten ihrerseits alles getan, um Zugang fernzuhalten. Am 8. November ersuchte dann Gomuth unsern Geschäftsführer in Plauen, doch die Sache ins Reine zu bringen, was dann nach größeren Anstrengungen auch gelang. Gomuth schloß den nachfolgenden Vertrag und gab die Erklärung ab, daß er in erster Linie seine alten Leute wieder beschäftigen wolle.

Die andern Paragraphen des alten Arbeitsordnungs. Als den Arbeitern der Firma dieses Monstrum von Arbeitsordnung zugefertigt wurde, wurde es ihnen denn doch zu-bunt und sie beschloßen, nicht eher mit der Arbeit zu beginnen, als Gomuth über den neuen Tarif mit ihnen Vereinbarungen getroffen hätte. Sie legten denn auch bis auf zwei Mann die Arbeit nieder. Dies schien Gomuth nicht erwartet zu haben. Sofort wandte er sich nach Dresden und erwirkte um Zustimmung von Leuten, jedoch ohne Erfolg; denn auch die Streikenden hatten ihrerseits alles getan, um Zugang fernzuhalten. Am 8. November ersuchte dann Gomuth unsern Geschäftsführer in Plauen, doch die Sache ins Reine zu bringen, was dann nach größeren Anstrengungen auch gelang. Gomuth schloß den nachfolgenden Vertrag und gab die Erklärung ab, daß er in erster Linie seine alten Leute wieder beschäftigen wolle.

Sohnntarif für die Fliesenleger von Plauen und Umgebung.

§ 1.	
Wandplatten, Steingut- u. Mosaikplatten, Vierecke, Rechtecke oder Diagonal, einschließlich Ausfügen	Quadr.-M. M. 3,50
Ansehen an Ecken und Wogen	4,50
Verblender 12:18 cm (Meißner oder Kaufmann), einschließlich Ausfügen	3,-
Verblender 7:12 cm	3,40
1/2 Verblender (Spaltvierer) bei enger und bei weiter Fuge, einschließlich Ausfügen	3,-
Freistehende Wände mit beiderseitigen Glaturen und Wadväumen	5,-
Einschlagen von Löchern in Wandbeläge	pro Loch -1,10
Hohlkehle	lfd. Meter -1,50
§ 2.	
Fußbodenplatten jeder Art 17:17 cm	Quadr.-M. M. -90
Jede Art von Platten 15-16 cm	-95
18-15	1,05
Alle Platten unter 18 cm	1,20
Terrazzoplatten 251-316 mm	-70
200-250	-80
Zementplatten 251-316 mm	-70
150-200	-75
Sogen. "Eisenkaster" (Mosaiksteinchen)	-90
Ungerundeter Klinkerbord auf hohe	lfd. Meter -50
" " auf Rolle	-40
Gewöhnlicher " " auf hohe	-25
" " auf Rolle	-20
Zementbordkante	-35
Gartenbeteinsassung	-25
Klinker nach Ziegelformat	Quadr.-M. -55
Meißner Viertuppen 17-20 cm	-7-
Plattierhöhe 70-90 mm stark	-75
Stufenbelandung (Stoß- und Trittplatte)	-75
Stoßplatte mit Kehlen ohne Kehlspitzen	lfd. Meter 1,35
Socellplatte mit Kehlen sowie Kehlspitzen	-50
Socell ohne Kehlen	-40

Die Arbeiten, die nicht in vorstehenden Paragraphen enthalten sind, werden im Stundenlohn ausgeführt. Der Stundenlohn beträgt bis 31. Dezember 1910 65 s, von da an 75 s. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden tägl. Der Stundenlohn für Junggezeu im ersten Gesellenjahre sowie für ältere invalide Gesellen bleibt der freien Vereinbarung überlassen, doch muß er innerhalb der ersten acht Tage festgesetzt werden.

Nacht- und Sonntagsarbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden, in dringenden Fällen jedoch mit 50 pSt. Zuschlag zu berechnen. Nachtarbeit beginnt nach Feierabend.

Bei auswärtigen Arbeiten wird Fahrlohn dritter Klasse, Fahrzeit, sowie pro Arbeitstag M 1 und pro Liebernachten M 1 als Auslösung berechnet.

Jeder Plattenleger wie auch der Arbeitgeber kann das Arbeitsverhältnis stündlich lösen und ist an keine Kündigung gebunden. Uebernommene und angefangene Arbeiten sind unbedingt fertigzustellen.

Vereinbarungen mit Arbeitern, die diesem Tarif zuwidertreten, sind unstatthaft.

Alles zur Ausführung gehörige Material, wie Platten, Mörtel, Gerüste, Wasserzettel usw., ist in den Arbeitsraum zu schaffen. Arbeitsverhältnisse und Zeitverlust wegen

verspäteter Anlieferung des Materials usw. werden im Stundenlohn berechnet. Fertigestellte Arbeiten sind zu vermaßen und binnen acht Tagen abzurechnen.

Dieser Vertrag läuft bis zum 31. März 1912 und läuft stets ein Jahr weiter, falls er nicht von einer der Parteien drei Monate vor Ablauf des Jahres gekündigt wird. Plauen, den 3. November 1910.

Franz Gomuth, Ges.: Verband der Fliesenleger von Plauen und Umgebung, S. A.: Karl Schütz.

Wenn auch durch den Vertrag nicht alles Wünschenswerte erreicht worden ist, so kann doch gesagt werden, daß wenigstens eine Grundlage für die weitere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in der Fliesenlegerbranche geschaffen wurde. — Dies konnte aber nur erreicht werden, weil die Kollegen des Zentralverbandes hier den Streikenden treu zur Seite standen und jedwede Arbeit von Gomuth zurückwiesen. Allerdings sollte es auch hier nicht ohne die so nützlichen Elemente, die man im geschäftlichen Leben Streikbrecher nennt, abgehen. Als erster kam der von uns wegen Streibrechens, begangen im vorigen Jahre in München, ausgeschlossene Karl Förster, als zweiter ein Köpfer Franz Wolfst aus Gunglshausen und als dritter ein Fliesenleger Krause, Mitglied der „Freien Vereinigung“, aus Berlin. Letzterer wurde vorige Woche bei einer Versammlung der Fliesenleger, der auch der Vertrauensmann der „Freien Vereinigung“ Berlin, Schneider, beizuhören, von letzterem geradezu zum Streibrech aufgefordert. Ob solche Handlungsweise geeignet ist, das Zusammenarbeiten zu erleichtern, darf man bezweifeln; haben doch auch bisherige Mitglieder der „Freien Vereinigung“ Blauens aus diesem Grunde ihren Austritt erklärt, und die Zeit wird zeigen, daß noch viele dieser Beispiele folgen werden. Leider müssen wir zum Schluß noch erklären, daß Gomuth immer noch auf dem großen Pferde zu sitzen scheint; denn während er uns, wie wir oben bereits angeführt haben, erklärte, daß er zunächst seine alten Leute einstellen will, hat er bis heute von den zehn vor dem Streik bei ihm Beschäftigten ganze drei Mann eingestellt und erklärt, daß er vorläufig keine Leute mehr brauchen könne. In Wirklichkeit aber haben wir bereits wiederholt festgestellt können, daß Gomuth sowohl in Dresden als auch in Berlin Leute gesucht hat. Bis jetzt hat er allerdings Leute noch nicht erhalten; es dürfte ihm wohl auch für die Folgezeit nicht so leicht gelingen. Das aber kann schon heute gesagt werden: wenn Gomuth glaubt, die sogenannten Heher durch seine Maulwurfsarbeit los zu werden, dann hat er sich sehr getäuscht. Die Organisation wird den Vorgängen in seinem Geschäft jederzeit ihre volle Aufmerksamkeit schenken und seine Schläge sehr gut zu parieren wissen. — Die Adresse des Obmannes der Sektion der Fliesenleger ist: Karl Pfeil, Plauen, KaufstraÙe 95 (Gewerkschaftshaus).

Mailand. Seit ungefähr sechs Wochen sucht die Firma Giobani Schmid von hier Fliesenleger im „Deutschen Arbeitsmarkt“. Es haben sich auch sehr viele deutsche Kollegen bei der Firma gemeldet. Wir können die Kollegen nur warnen, nach hier zu kommen, da sämtliche Kollegen der Firma schon seit drei Wochen ausreisen müssen. Die Verhältnisse sind hier nicht so gut, wie es sich die Kollegen in Deutschland vorstellen. Der Lebensunterhalt ist doppelt so teuer wie in Deutschland und die Löhne nicht im geringsten höher. Es sei deshalb vor Zugang nach Mailand nochmals gewarnt, da keine Aussicht auf Arbeit vorhanden ist. — Für die Mailänder Fliesenleger: Adolf Schulz, Verkehshofst.: Ristorante „Alle due Americhe“, Via Ponte Sveso 3, Mailand.

Zentralfrankenkasse.
(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 20. bis 26. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin A. 2000, Nordhof 1500, Althof 500, Spandau 850, Frankfurt a. M. 200, Hausberg 200, Hohen-Steinendorf 200, Wendischdorf 200, Lodenhausen 150, Summa M. 5300. Zuflüsse erhielten: Hosen A. 200, Febrbellin 100, Hamm in Westf. 100, Würstcht I. S. 50, Stedelstrunn 50. Summa M. 500.

Katona, 26. November 1910. F. Klätschen, zweiter Kassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submmissionen usw. Kollegen! Untertstcht nie, von Unfällen, Banemittlungen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am 19. November auf dem Grundstüd des Charlottenburger Elektrizitätswerkes. Zur Ausbesserung eines Stranes war dort ein etwa 6 m hohes Gerüst errichtet worden. Dieses brach kurz nach 11 Uhr aus noch nicht aufgekärter Ursache zusammen und riß die auf ihm beschäftigten vier Arbeiter mit in die Tiefe. Erst nach längeren Bemühungen gelang es, die Verunglückten aus den Trümmern zu befreien. Der Arbeiter Bruno Abel hatte so schwere Kopf- und Brustverletzungen erlitten, daß er sofort nach dem Krankenhaus Befördert geschafft werden mußte. Gleichfalls schwer verletzt wurde auch der Arbeiter August Grabowski aus der Refalozstraße 39, während die beiden andern Arbeiter mit einigen Hautabschürfungen und leichten Quetschungen davonkamen. Sie erhielten auf der Unfallstation in der Berliner Straße die erste Hilfe.

Wendau. Am 19. November verunglückte der Maurer Heinrich Buchwald im Steinbruch der Firma Daul & Tollert dadurch, daß ihm ein geladener eiserner Klipphund die Wirbelsäule und mehrere Rippen brach, tödlich.

Stützinghausen. Am 23. und 24. November ereigneten sich hier drei Unglücksfälle. Am 23. stürzte abends der Scheinträger Baier durch die Balkenlage der Werkstatte. Er erlitt eine schwere Quetschung des linken Armes und ist bis jetzt in ärztlicher Behandlung. Am 24. November fiel dem Maurer Ludwig Wölter aus dem dritten Stof ein Schweißstein in den Rücken, wodurch er eine Muskelquetschung und Schenkelverrenkung erlitt. Hoffentlich kommt er ohne dauernden Schaden davon. — Kurze Zeit darauf stürzte der Lehrling Bornfeld mit einer Leiter ein Stockwerk hoch ab, glücklicherweise ohne sich weiteren Schaden zuzufügen. Schuld an den Unfällen ist die miserable Abdeckung. (Der Bau ist von oben bis unten nicht abgedeckt.) Weiter fehlt es auch am nötigen Rüstholz; Bauböde, Abort sowie Verbandsplanken fehlen vollständig. Der Unternehmer, an dessen Bau es so aussticht heißt Ernst Lang. — Hat denn die Polizei keine Zeit, dort einmal nach dem Nechten zu sehen?

Mann. Beim Abbruch des Karmeliterklosters, der von der Firma Schmitt & Nieder ausgeführt wird, verunglückte am 23. November der verheiratete 23 Jahre alte Maurer Karl Hamann aus Mainz tödlich. Der Unglücksfall ereignete sich folgendermaßen: An der Hinterfassade wurden die Mauern, mit Ausnahme der Tür- und Fensterläden, niedergelückt. Die 250 m hohen Säulen standen frei ohne abgekippt zu sein. Die Säulen blieben stehen, weil die Stadt eine photographische Aufnahme machen wollte. Der Verunglückte war mit dem Hinvergräumen von Abbruchmaterial unter den freistehenden Säulen beschäftigt. Durch das Forträumen des Materials, das das Mauerwerk unter der Säule hielt, gab die Unterlage nach, die Säule fiel und traf den Verunglückten am Kopfe so erheblich, daß der Tod sofort eintrat. Der Unglücksfall hätte sicher vermieden werden können, wenn die Bauleitung die nötige Vorkehrung angewandt hätte. So mußte wegen mangelnder Schutzvorrichtungen wieder einmal ein junges Menschenleben auf dem Schlachtfelde der Arbeit sein Leben lassen. Wann wird es anders werden?

Mühlhausen i. E. (Mehr Bauarbeiter). Am Neubau des Kaufhauses an der Dornacherstraße sind am 17. November zwei Arbeiter am Material, aufzug verunglückt. Ein Arbeiter scheint innerlich schwer verletzt zu sein; der andere hat Verletzungen am Kopfe erhalten. Dieses Unglück zeigt wieder, wie dringend notwendig für Schlag-Verletzungen ein Gesetz für Bauarbeiter-schutz ist. Der Materialaufzug der Unglücksstelle befindet sich im Innern des Baues. Zum Aufziehen der Lasten dient eine Dynamomachine. Der Führer dieser Maschine kann jedoch den Förderkasten nicht beobachten. Die Abnehmer oben sind mit dem Maschinisten mit einer Glocke verbunden. Sobald diese Glocke ertönt, soll die Maschine halten. Von unten soll aber gleichfalls ein Mann mit einem Leisseil den Förderkasten dirigieren. Dieser Mann kann aber nur durch Schreien dem Maschinisten Signale geben. Es soll oben geklingelt werden und von unten dirigiert und wenn notwendig geschrien werden. So lauten die Anordnungen. Neben sowohl wie unten aber sind keine Leute zum Signalfizieren angestellt. Die oben beschäftigten Arbeiter müssen die Förderkästen abnehmen und entleeren, der Arbeiter unten am Bau muß einladen helfen. Dieser Mann ist überhaupt nicht in der Lage, mit einem Leisseil in dem engen Schacht den Kästen ohne Gefahr an den gefährlichen Stellen vorbeizubringen. Der Standaum mit Kran, an dem das Unglück passierte, war auch nicht bereit im Lot, festgemacht, daß die Last ohne Schädigung an dem freistehenden Balken vorbeikommt. So hatte sich der Förderkasten an einer vorstehenden Stelle verfangen, der Maschinist merkte aber nichts davon; die Last wurde durch das Festhängen des Förderkastens an dem unbeweglichen Bauteile so groß und gebrach den Standaum. Zum Glück wurde von den unten beschäftigten Arbeitern niemand von dem abstürzenden Förderkasten getroffen. Verletzungen erlitten nur die beiden Abnehmer oberhalb des Baues, und zwar wurden sie von dem abgerissenen Standaum getroffen. Ein Vertreter der städtischen Bau-polizei, der bald zur Stelle war, machte die Bauleitung sofort auf noch verschiedene andere Mängel aufmerksam und verlangte Abstellung dieser Mängel. Im allgemeinen sind die Bauarbeiter in Mühlhausen, und besonders in der nächsten Umgebung von Mühlhausen, in puncto Bauarbeiter-schutz vollständig vogelfrei. Anordnungen der beiden Baukontrollreue werden entweder gar nicht oder nur zum Schein ausgeführt. Ist es doch schon vorgekommen, daß einem Kontrollreue gesagt wurde: „Messiamieren Sie bei denen, die auf dem Abort sitzen.“ An einem Bau an der Dornacherstraße wurde nur der erste Teil des Baues auf Mühlhauser Mann abgedeckt. Auf Dornacher Boden, meinte der Unternehmer, ist Schutz der Bauarbeiter nicht vorgeschrieben! Soll für Schutz der Bauarbeiter genügend gefordert werden, dann ist es nur möglich, wenn sämtliche Bauarbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen und unter Mitwirkung der Arbeiterpresse selbst für Ordnung sorgen. Die Erhaltung gesunder Knochen der Arbeiter ist ebenso notwendig wie der Kampf um ein paar Pfennig Lohnerhöhung. Darum sollten alle Bauarbeiter in die Organisation eintreten, die dazu da ist, ihre Interessen zu wahren. Jetzt ist's noch Zeit; wenn sie erst zum Krüppel geworden sind, werden sie upbeachtet vom Kapitalismus ins Armenhaus gestofen!

Schwetzingen. Am 23. November ereignete sich auf dem Neubau der Pfauhermühle ein gefährlicher Unglücksfall, bei dem der 51 Jahre alte verheiratete Zimmermann Philipp Schneider sein Leben einbüßte. Eine Betonbohle stürzte mit ihm zirka 10 m herab, wobei er so schwere innere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport nach seiner Bewahrung verstarb. Die Ursache dieses bedauerlichen Unglücksfalls wird auf mangelhafte Einschlagung zurückgeführt. Zwei Arbeiter konnten sich glücklicherweise noch rechtzeitig retten, sonst wäre das Unglück noch gefährlicher. Von Bauarbeitern wird schon seit geraumer Zeit gefordert, daß an diesem Bau, auf dem die Berliner Firma Bossmu & Krauer die Mauerarbeiten und Gussarbeiten der Betonarbeiten ausführt, sehr mangelhafte Schutzvorrichtungen angebracht seien. Vor Wochen haben sich einige Arbeiter wegen dieses Mißstandes beschwerde-führend an die Bauberufsgenossenschaft gemeldet; aber anstatt Abhilfe zu schaffen, hat man einen Maurer, der im Verdachte stand, an die Berufsgenossenschaft geschriebeu zu

haben, grundlosweise entlassen. Es ist wirklich an der Zeit, daß sich endlich einmal die Behörde aufrafft und für eine genügende Wollkontrolle im Umkreis der Schweißereien sorgt.

Spandau: Zwei bedauerliche Unfälle ereigneten sich in der letzten Woche. Auf dem Umbau der Brauerei Pagenhofer, Abteilung Spandau, fiel am 21. November der Kollege Eduard Krosch, der mit Stemmen beschäftigt war, vor der Miltung, die aus zwei Leitern und einem Brett bestand, aus der Höhe von 2 m herab und brach sich das rechte Bein.

*** Wer ist für Unfälle verantwortlich?** Aus Karlsruhe schreibt man uns: Bekanntlich ist durch § 1 der Verordnung vom 29. Februar 1904, dem Schutz der an Bauten beschäftigten Personen betreffend, folgendes bestimmt: Die an der Leitung oder Ausführung von Hoch- und Tiefbauten als Bauherren, verantwortliche Bauleiter und Unternehmer, Baumeister, Bauführer, Bauhandwerker, Aufseher oder Arbeiter beteiligten Personen sind verpflichtet, auch soweit in dieser Verordnung besondere Vorschriften nicht gegeben sind, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Unglücksfälle auf der Arbeitsstelle und in deren Gefahrenbereich, sowie Schädigungen der auf der Arbeitsstelle beschäftigten Personen vermieden werden, soweit dies bei gewissenhafter Erfüllung ihrer Obliegenheiten nach der Natur des Betriebes möglich ist.

Im August d. J. wurden in einem Neubau in Porzheim Verletzungen festgestellt. Damit das Material transportiert werden konnte, wurde ein Dienenweg gelegt, der auch über die Umfassungsmauer des Hauses hinwegführte. Dabei wurde gegen § 7 obengenannter Verordnung insofern verstoßen, als Brustwehren (Geländer) fehlten. Es ereignete sich infolgedessen ein Unfall dadurch, daß ein Arbeiter abfiel und sich schwere Verletzungen zuzog. Wegen des Verstoßes gegen die Vorschriften wurde der Bauleiter Schaaf rechtskräftig bestraft. Geldstrafe erhielt auch ein Arbeiter eine bezirksamtliche Strafverfügung über 10, gegen die er gerichtliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht in Porzheim sprach dann den Arbeiter am 14. Oktober frei, weil er nachweisen konnte, daß er seine Pflichten erfüllt hatte, indem er den Bauleiter Schaaf von der Notwendigkeit einer Brustwehr an der fraglichen Stelle in Kenntnis setzte. Er konnte ferner nachweisen, daß der Bauleiter, anstatt seine Pflicht zu erfüllen, einfach erklärte: „So ängstlich dürfe man nicht sein, das sei nicht nötig, da müßte man den ganzen Tag nichts als Brustwehren hinmachen.“ In der Urteilsbegründung wurde folgendes gesagt: „Der Angeklagte als Arbeiter hat das seine getan, wenn er den amweisenden Leiter auf das Notwendige hinwies und dieser ihm davon abriet; denn von der Weisung Schaafs war er abhängig und man kann billigerweise von einem Arbeiter nicht verlangen, daß er über den Kopf Schaafs hinweg etwas tut. Wäre freilich Schaaf nicht dagewesen, so hätte der Angeklagte für die Unterlassung verantwortlich gemacht werden müssen, ebenso auch, wenn er in Abwesenheit des Leiters gar nichts getan hätte.“ Diese Begründung beweist einmal wieder sehr deutlich, daß bei einem vorkommenden Unfall die Arbeiter sehr leicht zur Strafe herangezogen werden können, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie neben dem verantwortlichen Bauleiter ihr Augenmerk auf die Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter gerichtet haben. Mögen sich also die Bauarbeiter diese Urteilsbegründung zur Lehre dienen lassen.

Aber auch ein anderes Moment muß hier noch in Betracht gezogen werden. Der Bauleiter Schaaf hat durch seine leichtsinnige Handlungsweise, also durch Fahrlässigkeit, eine schwere Körperverletzung eines andern verursacht. Es bedeutet dies ein Vergehen gegen den § 230 des Reichsstrafgesetzbuches, der lautet: „Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines andern verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. War der Täter zu der Aufmerksamkeitspflicht, die er aus den Augen sieht, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.“ Bei dem Bauleiter Schaaf lag eine Verpflichtung durch seine Berufstätigkeit vor und deshalb hätte die obige Bestimmung in Anwendung kommen müssen. Das Bezirksamt hat aber hier nur auf eine kleine Geldstrafe erkannt. Durch solche Geldstrafen kann man die verantwortlichen Personen an den Bauten natürlich nicht zwingen, die Bauarbeitervorschriften gewissenhafter einzuführen. Im Gegenteil! Wenn die Geldstrafe so billig abgeht, wenn man für ein paar Mark Geldstrafe aus reinen Sparanknüpfen die Knochen eines Arbeiters aufs Spiel setzen kann, dann wird die Jagd nach Profit immer noch größer werden. Durch raffinierte Ausbeutung der Arbeitskräfte wird man nach wie vor berufen, die Bauten so rasch wie möglich fertigzustellen, einerseits, ob dabei einige Arbeiter zugrunde gerichtet werden und unbekümmert darum, ob durch solche Unfälle der Unternehmer oder sein Stellvertreter einige Mark Geldstrafe zu bezahlen haben. Derartige Geldstrafen werden so von den Unternehmern von vornherein als kleine, unbedeutende Geschäftskosten betrachtet und mit in Anschlag gebracht. Würde man alle die, die als verantwortliche Personen an der Bauweise Schuld daran tragen, wenn ein Arbeiter zum Krüppel wird oder gar sein Leben einbüßt, ins Gefängnis stecken, dann müßten diese Herren bald, daß die Bauarbeitervorschriften nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß sie deshalb da sind, damit sie unter allen Umständen eingehalten werden. Daß letzteres leider jetzt noch nicht der Fall ist, daran tragen die Behörden viel Schuld, weil sie bei Unfällen, wie dem obigen, die Schuldigen immer mit Samtpföden anfaßen. Was thert die

Geldstrafe den Bauleiter Schaaf, der Schuld daran ist, daß ein Arbeiter seine Knochen einbüßen mußte! Wenn der Amtsrichter in jener Verhandlung in Porzheim sagte, daß Schaaf eigentlich die härteste Strafe verdient habe, so ist das vollkommen richtig. Zu wünschen wäre allerdings, daß derartige Fälle nicht durch das Bezirksamt bestraft würden, sondern daß diese in Zukunft der Staatsanwaltschaft überwieben werden, wie man ja auch jede Bagatelie gegen streikende oder ausgesperrte Arbeiter der Staatsanwaltschaft überweist.

*** Vom Bau des Panamakanals.** Auf dem großen Arbeitsfelde des Panamakanals wird jetzt an dem großen Scheufen und dem mit ihnen verbundenen Staudamm bei dem Ort Gatun gebaut. Nach dem letzten Bericht, den der Ingenieur Waldo im „Engineering Magazine“ veröffentlicht hat, ist im Laufe dieses Jahres ein erheblicher Fortschritt an diesen ungeheuren Anlagen zu verzeichnen gewesen. Die drei Scheufen bei Gatun, die das Gefälle nach der Seite des Atlantischen Ozeans zu regeln haben, teilen sich in die Ueberwindung eines Höhenunterschiedes von 85 Fuß ober und 25 Metern, während die Scheufen auf der pazifischen Seite fast genau denselben Betrag in zwei Stufen bewältigen. Den höchsten der Anlage entsprechende, sind die Ausmessungen der Scheufen ungeheuerlich groß, nämlich 800 m Länge und 33 m Breite, so daß die größten Dampfer, die bisher gebaut worden sind und etwa 270 m Länge und 27 m Breite haben, noch reichlich Platz in diesen Scheufen finden würden. Es wird damit gerechnet, daß die Befahrung der Scheufen von Gatun ungefähr 1 1/2 Stunden in Anspruch nehmen wird. Da für die pazifischen Scheufen dasselbe gilt, so würde für die Hebung oder Senkung der Schiffe bei der Kanalüberfahrt im ganzen eine Zeit von drei Stunden nötig sein, und die gesamte Kanalfahrt dürfte nicht mehr als 10 bis 20 Stunden erfordern. Die Eisenbahn legt die Strecke von einem Ozean zum andern in 2 1/2 Stunden zurück. Die Zeit, in der die Scheufen gefüllt werden können, ist von grundlegender Bedeutung für ihre Leistungsfähigkeit und damit auch für die des ganzen Kanalbaues. Nach der Angabe von Waldo nimmt die Füllung einer Scheufenkammer etwa eine Viertelstunde in Anspruch, kann aber auch zur Not in der Hälfte dieser Zeit bewirkt werden. Jedenfalls rechnet man damit, daß im ganzen 48 Durchschleppungen täglich vorgenommen werden können, und auf Grund dieser Annahme würde die Leistungsfähigkeit des Kanals für eine Flotte von 80 Millionen Tonnen ausreichen, während der Suez-Kanal nur 21 Millionen Tonnen zu befördern vermag, der Kanal von Sankt Saint Marie zwischen dem Oberen-See und dem Michigan- und Huron-See nur 40 Millionen Tonnen. Ob sich diese Rechnung für den Panamakanal als richtig erweisen wird, wird sich allerdings wohl erst aus der Praxis ergeben. Eine Ergänzung erzählt dieser Bericht über die technischen Fortschritte am Kanal durch einen andern von Oberst Gorgas, der in einem Brief an die „Times“ über die Bevölkerung der unter dem Schutz der Vereinigten Staaten stehenden Kanalzone und über die dort herrschenden Gesundheitsverhältnisse Auskunft gibt. Danach hat die Stadt Panama ihre Einwohnerzahl seit dem Jahre 1905 und verdoppelt, nämlich von 22 000 auf 41 000. Trotzdem ist die Sterblichkeit von dem ungeheuren Betrag von fast 66 vom Tausend auf 25 vom Tausend herabgegangen. In der ersten Kanalzone, in der die Städte Panama und Colon eingegriffen sind, leben jetzt mehr als 135 000 Menschen gegen nur 57 000 im Jahre 1905. Die Zahl der Arbeiter hat sich in dieser Zeit von 16 500 auf mehr als 47 000 vermehrt. Nachdem die Värge mit der größten Energie den Kampf gegen Pest und Gelbes Fieber aufgenommen hatten, ist der Gesundheitszustand unter den Arbeitern jetzt angeblich vorzüglich; die Sterblichkeit erreichte im vorigen Jahre nur noch den Betrag von 10,6 auf das Tausend, und die Häufigkeit der Malariaerkrankungen ist sehr wesentlich zurückgegangen.

*** Submissionen.** Die Betonierungs-, Maurer- und Zimmerarbeiten einschließlich teilweiser Lieferung der Materialien zur Gründung der neuen Eisenbrücken standen am 23. November zur Submission auf Panama I in Buenos Aires. Die Arbeiten umfassen die Rammung von 9000 Stück Rundpfählen, 30 000 cm Spundwand, die Herstellung von 420 000 cbm Betonmauerwerk, 24 000 cbm Kleinfmauerwerk, 5500 cbm Quadermauerwerk und das Einbauen von 2700 Tonnen Eisen. Die Angebote der 19 Firmen, die sich an der Submission beteiligten, gehen außerordentlich weit auseinander. Die niedrigste Forderung stellte die Firma Weirich & Reinken-Piel mit 3 654 406,50, die höchste die Firma Bruno Fren-Danzig mit 6 949 603. Die letzte Firma verlangt demnach beinahe doppelt soviel als die erste. Welche von beiden da wohl am besten rechnen kann?

Gewerkschaftliches.

*** Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse** bestehen nun fünf Jahre. Im Herbst des Jahres 1906 begannen sie und sie sind seitdem Winter für Winter fortgeführt worden. Im allgemeinen hat man die Grundlagen beibehalten, die man den Kurfen zuerst gab. In neuen Beiträgen ist das Strafrecht hinzugekommen, für einige andere Fächer, insbesondere für Nationalökonomie und Statistik, hat man die Stundenzahl erhöht. Dadurch hat sich auch die Dauer der einzelnen Kurse etwas verlängert. Von vier Wochen im Anfang ist man jetzt auf sechs Wochen gekommen, wobei man den Teilnehmern wöchentlich einen freien Nachmittag gewährt. Diese Ausgestaltung der Kurse war von vornherein geplant, es ist auch wohl zu hoffen, daß man in dieser Richtung weiter geht. Eine andere Erweiterung der Kurse hat man aber wohl kaum von vornherein beabsichtigt, nämlich die Erhöhung der Teilnehmerzahl. Anfanglich sollten es nicht mehr als 60 Schüler sein. Das war schon reichlich hoch, für einen durchgreifenden Unterricht eigentlich schon zu hoch. Leider hat man diese Zahl nicht verringert, sondern noch erhöht. An

den Kurfen der letzten Jahre haben durchschnittlich gegen 85 Schüler teilgenommen. Davon sollte man doch so bald wie möglich wieder abgehen. Von mehreren früheren Schülern wird uns gesagt, daß die große Teilnehmerzahl den Erfolg des Unterrichts erheblich beeinträchtigt, und wir selbst neigen auf Grund unserer persönlichen Eindrücke ebenfalls dieser Ansicht zu. Es wäre gut, wenn man sich überhaupt einmal über die Kurse recht gründlich ausspräche. Besonders sollte ernstlich erwogen werden, ob man nicht eine tiefgreifende Umformung vornehmen sollte; bei der zunächst eine Verminderung der Teilnehmerzahl und eine Verlängerung der Unterrichtszeit ins Auge zu fassen wäre. Was sind sechs Wochen Studium, wenn in diesen sechs Wochen solch weisheitliche und viel geistige Konzentration erfordernde Themen, wie Nationalökonomie, Arbeiterfrage, Sozialgesetzgebung, Strafrecht, Kartelle und Trusts, behandelt werden sollen? Man muß bedenken, daß die meisten der Teilnehmer nach Abschluß der Kurse gleichzeitig wieder in ihre Erwerbsarbeit und in den praktischen Organisationsdienst müssen, wo von einer Fortsetzung systematischen Studierens keine Rede sein kann. Sollen die Teilnehmer also einen dauernden Gewinn aus den Kurfen ziehen, so müssen sie viel länger am Studium bleiben und es muß auch durch die Methodik des Unterrichts dafür gesorgt werden, daß es nicht nur vom guten Willen der Schüler abhängt, ob die Lehrer ihre Arbeit durch Erfolg belohnt sehen oder nicht. Nimmt man eine Umformung der Unterrichtskurse nach den hier nur angedeuteten Richtungs-punkten vor, dann ergibt sich daraus eine sorgfältigere Auswahl der Schüler von selbst und auch das würde den Kurfen zugute kommen. Die zuständigen Stellen sollten die hier aufgeworfenen Fragen einmal erwägen.

*** Maßregelung eines Beamten im Metallarbeiterverband.** Die Jahrestelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat ihrem zweiten Bevollmächtigten Z h l e gekündigt, worauf der erste Bevollmächtigte F r a n z aus Solidarität aus seinerseits die Kündigung einreichte. Ueber diese aufseinererregende Vorgang bringt die letzte Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen ausführlichen Bericht aus der Feder des Vorstandsmittelsdes Metallf. Danach besteht das Vergehen, dessen sich Z h l e (dem übrigens auch von seinen Widersachern zugestanden wird, daß man seine Arbeitskraft und Fähigkeiten nicht zu schätzen wußte) schuldig gemacht hat, darin, daß er, entgegen einem Beschlusse der Ortsverwaltung, unterlassen hat, eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese hätte am Tage vor dem Beginn der Berliner Verhandlungen über die Maßregelung des Verarbeitereits nachmittags um 4 Uhr stattfinden sollen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer mehrstündigen Arbeitseinstellung. Genesen dem Beschlusse der Ortsverwaltung hat aber der Verbandsvorstand, dem statutengemäß die Oberleitung des Kampfes zufällt, angeordnet, daß die fragliche Versammlung nicht stattfinden dürfe.

Zu diesem Vorfalle bemerkt die „Hofarbeiter-Zeitung“: „Die Entlassung Z h l e aus diesem Grunde bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand, das unersetzbar sachlich nicht begründet ist. Im höchsten Maße bedauerlich aber ist es, daß die Mehrheit der Hamburger Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes dem Weg der Maßregelung eines Angeklagten, der lediglich seine Pflicht erfüllt, wählte, um ihrer Unzufriedenheit mit einer Maßnahme des Verbandsvorstandes Ausdruck zu verleihen. Zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit der Gewerkschaftsangehörigen kann eine solche Maßregelung sicherlich nicht beitragen. Die erledigten Posten sind jetzt zur Ausbeutung ausgeschrieben, ob sich aber gerade die fähigsten Leute zur Annahme der fraglichen Stellen drängen werden, darf man billig bezweifeln, so daß schließlich die Hamburger Mitgliederversammlung den Schaden von ihrem Vergehen zu tragen haben dürfte. Aber mit ihr wird die gesamte Arbeiterbewegung getroffen. Die Gewerkschaften müssen in den Augen der Gegner an Achtung verlieren, wenn die Stellung ihrer Wortführer aus Anlässen wie den vorliegenden erüffnet werden kann. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß diese Maßregelung eine Einzelerscheinung bleibt.“ Wir schließen uns diesem Urteil völlig an.

Soziales.

*** „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“** Nicht ganz mit diesem Jesuwort stimmt es überein, was über den Grundbesitz der Kirche in Ungarn bekannt wird. Unter der Frage: „Wer hat in Ungarn den größten Grundbesitz?“, macht die „Kronländer Zeitung“ folgende interessante Angaben:

Es haben	Sach Rand
der Graner Erzbischof	95983
„ Erlauer Erzbischof	42397
„ Raicsaer Erzbischof	87653
„ Neuhöfler Erzbischof	28824
„ Kanader Erzbischof	12298
„ Raaber Erzbischof	18887
„ Raichauer Erzbischof	9037
„ Großwardeiner katholische Bischof	187393
„ Großwardeiner griechische Bischof	139657
„ Neutraer Bischof	16709
„ Fünfkirchner Bischof	26550
„ Rosenauer Bischof	7178
„ Szatmarer Bischof	30023
„ Stuhlweißenburger Bischof	7656
„ Ruper Bischof	26823
„ Steinamangerer Bischof	7414
„ Wainzer Bischof	27582
„ Bözprimer Bischof	65618
„ Siebenbürger katholische Bischof	11827

Der gesamte in kirchlichen Händen befindliche Besitz beträgt somit 2 332 574 Joch. Ein ganz ansehnlicher Teil Ungarns! Wieder ein Beweis, daß die Kirche sich ihren „guten Tagen“ bis in die Gegenwart hinein zu erhalten verstanden hat. Und der Menschen Lohn hatte nicht, da er sein Haupt hinlegen konnte!

*** Die ortsüblichen Tagelöhne in den deutschen Großstädten.** Die Sätze der ortsüblichen Tagelöhne werden bekanntlich nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes nach Anhörung der Gemeindebehörde sowie der beteiligten Unternehmer und Versicherungspflichtigen von der höchsten Verwaltungsbehörde festgestellt. Gegenwärtig sind für erwachsene männliche gewöhnliche Tagelöhner nach einer vom Statistischen Amt der Stadt Düsseldorf im September d. J. veröffentlichten Monatsberichts veröffentlichten Zusammenstellung in den nachbenannten Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern die folgenden Lohnsätze ortsüblich, denen zum Vergleiche die in denselben Städten im Jahre 1898 gezahlten gegenübergestellt sind:

Städte	1910		1898
	Tagelohn	Jahreslohn	Jahreslohn
München	3,70	1110	690
Berlin	3,60	1080	810
Charlottenburg	3,60	1080	750
Nürnberg	3,60	1080	720
Leipzig	3,50	1050	600
Düsseldorf	3,50	1050	720
Stuttgart	3,50	1050	750
Hamburg	3,40	1020	789
Frankfurt a. M.	3,40	1020	780
Nürnberg	3,40	1020	660
Essen	3,40	1020	720
Dresden	3,30	990	750
Dortmund	3,30	990	600
Cöln	3,25	975	750
Duisburg	3,25	975	720
Bremen	3,20	960	900
Kiel	3,20	960	810
Breslau	3,—	900	600
Hannover	3,—	900	720
Magdeburg	3,—	900	600
Königsberg	2,75	825	760
Chemnitz	2,50	750	675
Stettin	2,50	750	717
Im Durchschnitt	3,25	975	717

Danach zahlen München (M 3,70), Berlin, Charlottenburg und Nürnberg (M 3,60), Düsseldorf, Leipzig und Stuttgart (M 3,50) die höchsten Tagelöhne unter den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern. Die niedrigsten Tagelöhne werden in Stettin, Chemnitz (M 2,50) und in Königsberg (M 2,75) gezahlt.

Polizei und Gerichte.

Frehan. Nachklänge von der Aussperrung in Protophän. Am 17. November hatten sich vor dem Schöffengericht in Zutrophen 17 Kollegen, darunter drei Zimmerer, zu verantworten. Am Schloßbau in Schmölln wurden am 16. April unsere Kollegen vom Bauunternehmer F. Werner ausgesperrt. Um aber den Bau nicht liegen lassen zu müssen, wurden von einem anderen Unternehmer Richterorganisierte herangeholt. Am 30. April wurde vom Zweigverein eine Bautenkontrolle vorgenommen, und unsere Kollegen trafen auf dem Nachhausewege mit den Richterorganisierten zusammen. Es wurde dann Anzeige erstattet wegen Verleumdung, Drohung und Nötigung zur Arbeitsentziehung. Die Angeklagten bestritten, etwas mit den Richterorganisierten zu tun gehabt zu haben. Sie seien ausgefahren um Arbeit zu suchen. Nur der Kollege Meisen erklärte, er sei von dem Vorsitzenden Richter zur Bautenkontrolle bestimmt worden. Als Zeugen gel den traten die Maurer Janoske, Griebasche, Welz, Meim, Kaufhut, Jlegan, Schmude, Ndit, sowie die Arbeiter Etasche, Blau und Kiof und der Lehrling Giesler. Der Zeuge Janoske bekundete, der Kollege Lindert hätte dem Maurer Welz das Rad angefallen. Der Zeuge Welz wußte aber nicht genau, wer es gewesen ist. Der Zeuge Griebasche bekundete, der Zimmerer Wolfenstein habe sich beschimpft, indem er ihnen zugerufen habe: „Ihr türet wert, daß man Euch von der Brücke hinunterstößt.“ Die andern Zeugen bekundeten ebenfalls, daß geschimpft worden sei; aber wer es war, wußten sie nicht. Das Gericht mußte die Angeklagten freisprechen, da kein richtiger Beweis erbracht sei. Nur der Angeklagte Wolfenstein habe sich einer Verleumdung und Drohung schuldig gemacht und müsse daher zu 20 Geldstrafe verurteilt werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon-Dresslau, plädierte für Freisprechung Wolfensteins, weil doch seine Äußerungen keine Verleumdung sei. Er beantragte daher, die Verteidigungskosten und die Verurteilungskosten der Angeklagten der Staatskasse aufzuerlegen. Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht den Antrag mit der Begründung ab, die Angeklagten seien nicht aus eigenem Interesse gefahren, sondern von Richter bestimmt worden. Der Angeklagte Wolfenstein habe sich einer Verleumdung und Verleumdung schuldig gemacht und müsse deshalb zu 20 Strafe und Tragung der Kosten verurteilt werden. — Auch hier kann man sehen, wie das Gericht in einem kleinen Orte die nichtorganisierten „Arbeitswilligen“ in Schutz nimmt, während es gegen die organisierte Arbeiterkassette recht scharf vorgeht.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 7. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportiere zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns Nr. 4 des 21. Jahrganges eingegangen. Die Besondere für die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse außerordentlich lesens-

werte Zeitschrift enthält außerdem regelmäßig die Vorfälle: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Der Preis der Nummer (mit den beiden Beilagen) 10 A. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beilage 55 A., unter Kreuzband 85 A., das Jahresabonnement M. 2,60.

Als Friedrich Engels-Gedächtnisnummer stellt sich uns die letzte Nummer des „Wahren Jacob“ dar. Einem warm empfundenen Artikel über Engels aus der Feder Eduard Bernsteins sind ein Porträt Engels aus dem Jahre 1892, eine Abbildung seines Geburtshauses in Witten sowie eine Photographie aus Zürich aus dem Jahre 1893 beigegeben, auf der Friedrich Engels, August Bebel und Frau Bebel, in fröhlicher Stimmung in einem Garten sitzend, sichtbar sind. Des Weiteren bringt die Nummer gute Porträts von Peter Knubben aus Danemark und Paul Brandt aus der Schweiz. Außerdem enthält die Nummer noch zahlreiche andere Beiträge.

Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 A. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportieren zu beziehen.

Briefkasten.

„Neue Kampfmittel.“ Die Beiträge, die wir zu diesem Thema nach Schluß der Diskussion noch erhalten haben, können wir nicht mehr veröffentlichen. Soweit sie sich auf die Abschaffung der Meistensitzung beziehen, werden wir sie aber in einem Redaktionsartikel kurz behandeln.

B. S. in W. Wir werden in einigen Wochen zu Bestimmungen für die Einbanddecken zum „Grundstein“ aufrufen. Nr. 2 wird die Ausgabe und ebenso das Protokoll des 13. Jahrgangs Verbandskongresses. Ein solches Buch kannst Du in jeder Buchhandlung kaufen, sonst wende Dich an einen Verleger. C. K. in Kattin. Auf die Notiz im „Kämpfer Tagblatt“, die in dieser oder in ähnlicher Form fast durch die ganze bürgerliche Presse ging, haben wir schon in Nr. 44 des „Grundstein“ unter „Wahrheit“ das Nötige gesagt. Das „Kämpfer Tagblatt“ schämt sich offenbar nur, das dumme Gerücht eines Weisens oder des böshäusigen Schwachs redaktionell zu vertreten, weshalb es ihm einen Platz im — Sprechsaal anweist. Das Charakteristiker übrigens den Wert der Notiz zur Genüge.

Fr. Z. in W. Wenn Du zu Hause gearbeitet und Dich nicht zur Kontrolle gemeldet hast, mußst Du die Extramarken bezahlen. C. K. in Gera. Ja, Wärmementent gibt es.

Anzeigen

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 A.)

Belzig. Am 17. November starb nach langem Krankenlager unter treuer Kollege **Karl Matthes** im Alter von 51 Jahren an Lungenschwindsucht. Wir verlieren in ihm einen unserer tüchtigsten Kollegen.

Berlin. Am 24. November starb unser Mitglied **Karl Weidauer** im Alter von 64 Jahren an Nephritis. — (Sektion der Gips- und Zementbrönche).

Am 17. November starb unser Mitglied, der Bürgerträger **Richard Kwiezinski** im Alter von 41 Jahren an Lungenschwindsucht.

— (Sektion der B u g e r.) Am 19. November starb unser Mitglied **Wilhelm Kassner** im Alter von 70 Jahren an Herzschwäche.

Borsdorf. Am 19. November starb der Kollege **Heinrich Buchwald** aus Rubendorf im Alter von 60 Jahren durch Unglücksfall im Steinbruch zu Weida.

Dortmund. (Zahlstelle Lütgendortmund.) Am 19. November starb unter treuer Kollege **Otto Böttin** aus Stolp i. B. im Alter von 21 Jahren an den Folgen eines Baumunfalls. — Am 24. November starb unter treuer Kollege, der Mitbegründer unserer Zahlstelle, **Wilhelm Jentsch**, im Alter von 46 Jahren infolge eines Herzschlages.

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Wolfenhausen.) Am 19. November starb unser treues Mitglied **Friedrich Schuster** im Alter von 22 Jahren an Herzschlag.

Glauchau. Am 21. November starb unser Kollege **Fritz Mehlhorn** im Alter von 19 Jahren an Lungenerkrankung.

Karlruhe. (Zahlstelle Teutschneureut.) Am 26. November starb unser Kollege **Ludwig Linder** im Alter von 65 Jahren an Schlaganfall.

Langenbielau. Am 20. November starb nach langer Krankheit unser Mitglied **Franz Haschke** aus Rosbach im Alter von 66 Jahren an Magenverhärtung.

Leipzig. Am 22. November starb unser langjähriger Verbandskollege **Hermann Schirmer** im Alter von 85 Jahren.

Leipzig. Am 21. November starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege **August Maiwald** im Alter von 49 Jahren.

Wänden. (Zahlstelle Ru.) Am 5. November starb nach längerem Leiden unser Kollege **Gottlieb Biermoser** im Alter von 59 Jahren an Wasserleucht. — Am 23. November starb der Kollege **Johann Stern** an Brustfellentzündung im Alter von 58 Jahren.

— (Zahlstelle Schwabing.) Am 25. November starb unser Kollege **Wolfgang Haller** an Magenleiden im Alter von 43 Jahren.

— (Zahlstelle Neubausen.) Am 26. November starb unser Kollege **Josef Schiefer** an Herzleiden im Alter von 55 Jahren.

Pöfen. Am 20. November starb nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied **Mieczyslaus Krolkowski** im Alter von 34 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 22. November starb unser treues Mitglied **Karl Wegner** im Alter von 54 Jahren an Blutharnen- und Bauchfellentzündung.

Schleswig. Am 24. November wurde unser treuer Kollege **Andreas Löhdorf** im Alter von 26 Jahren tot aufgefunden.

Trautwein. Am 20. November starb der Kollege **Karl Nagiller** im Alter von 60 Jahren.

Zittau. Am 22. November starb nach kurzem Krankenlager Kollege **Anton Nonk** aus Ullersdorf im Alter von 63 Jahren an Nephritis.

Ehre ihrem Andenken!

Stuttgart.

Der Zweigverein Stuttgart des Deutschen Bauarbeiterverbandes sucht zum 1. Januar 1911

Zwei Sozialbeamte.

Die Bewerbungschriften müssen den Lebenslauf und einen Auszug über die Ausgaben eines Sozialbeamten im Deutschen Bauarbeiterverband enthalten. Die Bewerbungen sind bis zum 15. Dezember an den Kollegen **Albert Ruff, Stuttgart-Gablenberg, Seestr. 2b, rechts**, einzuliefern. [M. 3,90]. Die Anstellungs-Kommission.

Bruno Linke, geboren 4. Januar 1887 zu Würzen, der bis zur Aussperrung in Wagdeburg gearbeitet hat, wird gebeten, seine Adresse an den Zweigverein Würzen gelangen zu lassen. Wer seinen Aufenthalt weiß, wird gebeten, dies dem Zweigverein Würzen mitzuteilen. [M. 1,50]

Johann Müller, geb. am 12. April 1889 zu Saar-Weiden, befristet, Verh.-Nr. 235 675, wird gesucht. Wer seinen Aufenthalt kennt, wird gebeten, dies dem Kollegen **Paul Kampf, Düsseldorf, Neustr. 34**, mitzuteilen. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Düsseldorf.

Haynau i. Schl.

Im Hinblick auf die diesjährige [M. 3,60]

Weihnachtsfeier

Die mit einer Besprechung für die Kinder der Mitglieder unseres Zweigvereins verbunden sein soll, werden die Kollegen ersucht, ihre Kinder bis spätestens Sonntag, den 11. Dezember, beim Kassierer **Rich. Dittbrand, Friedrichstraße**, oder bei den Unterkassierern anzumelden. Der Vorstand des Zweigvereins Haynau.

Lychen.

Unser Zweigverein feiert Sonntag, den 10. Dezember, im Lokale des Herrn Gerstner sein

Elftes Stiftungsfest.

Sämtliche Kollegen von Lychen und Umgegend sind dazu eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

- Verbandsversammlungen der Maurer.**
Sonntag, den 4. Dezember.
- Gransée. Nachm. 3 Uhr im Frankfurter Lokal. Z.-D.: Rosenkrone. Verschleiden.
 - Langenwelzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Witte Sporn.
 - Neudamm. Nachm. 3 Uhr im Hotel „Kaiserhof“.
 - Oranienburg. Nachm. 3 Uhr. Z.-D.: Besprechung vom dritten Quartal. Bericht von der Baukonferenz. Verschleiden.
 - Ribnitz. Nachm. 1 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend.
 - Templin. Nachm. 3 Uhr bei Kowala („Kaiserhof“). Wichtige Tagesordnung.
 - Wilstock. Nachm. 2 Uhr in der Herberge.
- Montag, den 5. Dezember.**
- Hamburg. (Betonarbeiter.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 8. Dezember.**
- Glogau. Nachm. 4 1/2 Uhr im „Kaiserhof“. Wähler mitbringen.
- Sonntag, den 11. Dezember.**
- Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliederbesprechung mit Vorträgen.
 - Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Z.-D.: Vorstandswahl. Bestimmung der Beiträge etc. Wähler sind mitzubringen.
 - Sorau. Nachm. 2 1/2 Uhr in der „Hörst“. Wähler oder Legitimationskarten sind mitzubringen.
 - Werder a. d. Havel. Nachm. 8 1/2 Uhr bei Schmidt in Glindow.
- Zielflerer und Steinholzleger.**
Mittwoch, den 7. Dezember.
- Berlin. (Steinholzleger.) Abends 8 1/2 Uhr bei Haberland, Lindenstr. 78.
- Zentralrentenkasse der Maurer usw.**
Sonntag, den 11. Dezember.
- Brieg. Vorm. 9 Uhr bei Hoffmann. Wichtige Tagesordnung.

Wilhelm Heinicke, wo bist Du? Telle doch Deine Adresse Deinem Bruder **Friedrich Heinicke, Berlin W., Steinmetzstraße 42**, bei Biegler, mit. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Lehnin.